

# DP

**DEUTSCHE POLIZEI**

02/25

Das Magazin  
der Gewerkschaft  
der Polizei



**Bundestagswahl  
2025**

**Was die  
Parteien für  
die Polizei  
wollen**



# STEHT HINTER DIR



## Für alle Polizeibeschäftigten sind wir die Rückendeckung.

### Auch für Dich!

Die Gewerkschaft der Polizei (GdP) setzt sich als weltweit größte Interessenvertretung der Polizei nicht nur für Deine beruflichen Belange ein. Sie hat auch zusammen mit der SIGNAL IDUNA Gruppe das Gemeinschaftsunternehmen PVAG, die Polizeiversicherungs-AG, gegründet. Diese einmalige Kombination schützt Dich in allen Bereichen Deines Berufs – egal ob in Uniform oder privat.

### Profiberatung in Deiner Nähe

**PVAG Polizeiversicherungs-AG**

Joseph-Scherer-Straße 3  
44139 Dortmund

Telefon 0231 135-2551  
polizei-info@pvag.de  
www.pvag.de



Kontaktdaten scannen!

**PVAG**  
Die Polizeiversicherung

DAS GEMEINSCHAFTSUNTERNEHMEN VON



Gewerkschaft  
der Polizei

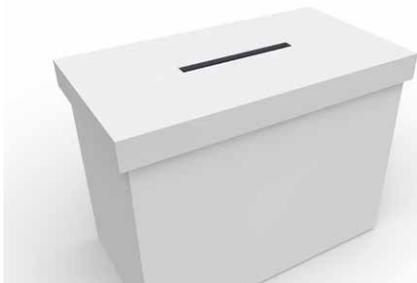
**SIGNAL IDUNA**



## Titel



Bundestagswahl  
2025



- 2 Was die Parteien für die Polizei wollen
- 3 Wer Polizisten angreift, greift uns alle an
- 4 Offensive für mehr Sicherheit
- 5 Den Arbeitsalltag der Polizistinnen und Polizisten spürbar verbessern
- 6 Polizei braucht insgesamt bessere Sicherheitsstrukturen
- 7 Mehr Zeit für die wichtigen Aufgaben
- 8 Freiheit braucht Sicherheit
- 9 Volle Rückendeckung für unsere Polizei
- 10 Darum geht es uns!
- 14 Weil das JETZT zählt!
- 16 Vergeigte Transformationspolitik

## Innenleben

Silvester-Rückblende



- 18 „Zu viele Tote, zu viele Verletzte, zu viel Polizei eingesetzt“
- 20 Klara Oelke hat den Grundstein für die erfolgreiche GdP-Frauenarbeit gelegt
- 21 Gedenken an Torsten Weiler
- 22 Wir trauern
- 23 GdP-Schreiben zu Dienstunfallfürsorge für Beamtinnen und Beamte mit „nichtehelicher Familie“
- 24 Bildungsarbeit für die Polizei
- 26 Eure Hilfe benötigen wir an jeder Stelle
- 28 Für einen attraktiven öffentlichen Dienst
- 32 An Orten des NS-Terrors
- 35 Ehemaliger Hamburger GdP-Landeschef ausgezeichnet
- 36 Grenzen überwinden

- 37 Vielfalt und Zusammenarbeit bei CEPOL

## Hingeschaut

Mehrere Parkverstöße



- 38 Fahrerlaubnis weg?

## Lesestoff

- 39 Was wäre, wenn ...
- 40 **Impressum**



Am 7. Januar 2025  
verlor in Lauchhammer #einervonuns,  
Maximilian,  
im Einsatz für uns alle sein Leben.

# Wir trauern

Die Gewerkschaft der Polizei

Seite 22



# Was die Parteien für die Polizei wollen

Beim Erscheinen dieser Ausgabe DEUTSCHE POLIZEI sind es noch rund drei Wochen bis zur Bundestagswahl. Die Karten werden am 23. Februar neu gemischt, die politische Landschaft mit hoher Wahrscheinlichkeit eine andere sein.

---

Michael Zielasko

---

**F**ür die Gewerkschaft der Polizei (GdP) – wie sollte es anders sein – stehen die Belange ihrer Mitglieder sowie die sichere Innere Sicherheit in der Bundesrepublik und um uns herum grundsätzlich im Fokus unseres gewerkschaftlichen Interesses.

Weil wir gewusst hatten, dass die Parteien angesichts vieler offener Baustellen sowie latenter Bedrohungen und aktuellem Kriminalitätsgeschehen inhaltliche Unterstützung dringend benötigen, haben wir zeitnah nach dem Ampelaus unser Impulspapier „Die Innere Sicherheit Deutschlands wirksam stärken“ veröffentlicht.

Diesen großen thematischen Bogen haben wir unmittelbar an die demokratischen Parteien und die interessierte Öffentlichkeit weitergegeben. Nun fragen wir auf den folgenden Seiten die Spitzenvertreterinnen und -vertreter von SPD, CDU, CSU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, FDP, Die Linke und Bündnis Sahra Wagenknecht (BSW), was sie für die Polizei wollen. ■



Zum Impulspapier: „Die Innere Sicherheit Deutschlands wirksam stärken“

---



Was die SPD  
für die Polizei will



## Wer Polizisten angreift, greift uns alle an

Olaf Scholz

Olaf Scholz

ist seit Dezember 2021 der neunte Bundeskanzler der Bundesrepublik Deutschland und SPD-Spitzenkandidat für die vorgezogene Bundestagswahl 2025.

## SPD Soziale Politik für Dich.

Wir leben in Freiheit und in Sicherheit, weil unsere Polizistinnen und Polizisten uns schützen – Tag und Nacht. Sie riskieren ihre Gesundheit und oft genug auch ihr Leben.

Für Polizistinnen und Polizisten war das vergangene Jahr ein hartes Jahr. Die Bilder von den schrecklichen Terrorataten in Magdeburg, Solingen und Mannheim werden die Frauen und Männer, die zuerst zur Stelle waren, nie wieder loslassen. Ich habe mit einigen darüber gesprochen. Das hat auch mich tief berührt. Im Dienst verteidigen Polizistinnen und Polizisten unsere Freiheit. Dafür gebührt ihnen mein tiefster Respekt.

Wir stehen fest an der Seite aller Frauen und Männer, die jeden Tag für unsere Sicherheit ihr Bestes geben. In den vergangenen Jahren haben wir dafür viele wichtige Entscheidungen getroffen: Wir haben die Ausstattung der Polizei verbessert und den Schutz der Einsatzkräfte in gefährlichen Situationen gestärkt. Wir haben gegen Widerstände durchgesetzt, dass die Polizeizulage ruhegehaltsfähig wird.

Auch bei ganz normalen, alltäglichen Einsätzen gezielt angegriffen zu werden, das kommt immer häufiger vor. Wir wollen solche Angriffe härter bestrafen. Denn wer Polizeibeamte angreift, greift uns alle an. Ein Angriff auf einen Polizeibeamten ist ein Angriff auf unseren Rechtsstaat.

Mit einem neuen Bundespolizeigesetz wollen wir automatisierte Datenanalysen ermöglichen, damit insbesondere die organisierte Kriminalität besser bekämpft werden kann. Ich werde mich auch für einheitliche Standards im Polizei- und Versammlungsrecht einsetzen.

Bei der Bundespolizei gehen viele Einsatzkräfte bald in den Ruhestand. Die Altersgrenze von 62 Jahren im Polizeivollzugsdienst wollen wir nicht antasten. Deshalb werden wir neue Bundespolizistinnen und -polizisten einstellen.

Zum Rechtsstaat gehören neben den Einsatzkräften auch die Staatsanwaltschaften und Strafgerichte. Mit einem Pakt für den Rechtsstaat wollen wir sie stärken. Wir sorgen für mehr Personal, moderne Ausstattung und eine effizientere Strafprozessordnung. All das gehört für mich in einem starken Rechtsstaat zusammen.

Moderne Kompetenzen, eine zeitgemäße Ausrüstung und faire Arbeitsbedingungen benötigen die Polizei und alle Strafverfolgungsbehörden für ihre Arbeit. Als sozialdemokratischer Bundeskanzler setze ich mich dafür ein, dass Sie bekommen, was Sie brauchen.

Mit Sicherheit!



## Was die CDU für die Polizei will



CDU/Telestock

# Offensive für mehr Sicherheit

Friedrich Merz

## Friedrich Merz

ist seit 2022 Bundesvorsitzender der CDU. Nach Tätigkeiten außerhalb der Parteipolitik kehrte der Sauerländer 2018 in das politische Geschehen und 2021 in den Bundestag zurück. Im September 2024 wurde Merz als Kanzlerkandidat der Union für die Bundestagswahl 2025 nominiert.



Sehr geehrte Damen und Herren,

ein gutes Leben beginnt mit der Möglichkeit, es ohne Angst vor Gewalt führen zu können. Der moderne Staat wurde zu diesem Zweck gegründet: Die Sicherheit der Bürgerinnen und Bürger ist oberste staatliche Aufgabe. In Deutschland können wir sicherer leben als in den allermeisten anderen Ländern der Welt. Der Dank dafür gebührt wesentlich Ihnen: den Polizistinnen und Polizisten und Mitarbeitern im polizeilichen Dienst.

Deutschland kann auf vieles stolz sein, aber ganz besonders auf seine Polizei. Wer kleine Kinder fragt, was sie beruflich einmal werden wollen, wird die Antwort: „Polizistin oder Polizist“ mit großer Sicherheit mehrfach hören. Ein besseres Zeugnis für die großartige Arbeit der deutschen Polizei gibt es nicht.

In den vergangenen Jahren haben wir leider beobachten müssen, dass der Respekt vor Einsatzkräften stetig sinkt. Immer häufiger werden sie selbst Zielscheibe von immer brutaleren Angriffen. Gleichzeitig fühlen sich viele Menschen in Deutschland zunehmend unsicher. Eine besorgniserregende Anzahl an Menschen und insbesondere an Frauen erlebt den öffentlichen Raum als Raum der Bedrohungen. Clankriminalität, Cyberkriminalität und extremistische Gewalttaten nehmen zu.

Die Politik ist in der Bringschuld und in der Handlungspflicht, diesem doppelten Missstand wirksam zu begegnen. Politische Weichenstellungen haben dazu beigetragen, dass die Innere Sicherheit in Deutschland schlechter gewährleistet ist und politische Weichenstellungen müssen diese Fehlentwicklung korrigieren.

Als CDU werden wir in Regierungsverantwortung unsere Prioritäten in diesem Sinne setzen: Eine Offensive für mehr Sicherheit steht im Zentrum unseres Wahlprogramms.

Wir wollen die Sicherheit im öffentlichen Raum verbessern: mit mehr Videokameras an Brennpunkten; mit Systemen zur automatisierten Gesichtserkennung; mit einer Verschärfung des Strafrechts und consequen-

terer Strafverfolgung; indem wir das Cannabis-Gesetz der Ampel wieder abschaffen. Die Bekämpfung der Clankriminalität machen wir zu einem zentralen politischen Ziel.

Wir werden die Polizistinnen und Polizisten besser für ihrer Arbeit ausrüsten, etwa mit Tasern und Bodycams. Wir werden ihnen möglichst umfassende Befugnisse einräumen wie etwa zur elektronischen Gesichtserkennung. Und wir werden härtere Strafen für Angriffe auf Einsatzkräfte einführen. Denn wir stehen an der Seite derjenigen, die täglich alle Anstrengungen unternehmen, um unsere Sicherheit zu verteidigen.

Viel zu lange ist die Polizei auch von politischer Seite einer Kultur des Misstrauens ausgesetzt gewesen. Wer täglich mit Leib und Leben für die Sicherheit in unserem Land sorgt, hat Rückhalt und Unterstützung verdient. Wir schaffen Sonderermittler, wie den von der Ampel eingerichteten Polizeibeauftragten des Bundes, ab. Das Bundesdisziplinalgesetz wollen wir wieder ändern. Denn es darf nicht möglich sein, einen Beamten ohne richterlichen Beschluss durch einfachen Verwaltungsakt zu entlassen. Die Einführung einer Kennzeichnungspflicht für Bundespolizisten lehnen wir ebenso ab wie auch die Verpflichtung, anlässlich einer Kontrolle eine Quittung auszustellen. Wir brauchen unsere Sicherheitsbehörden im Kampf gegen die Kriminalität und nicht mit der Bürokratie.

Wo die Politik in diesem Sinne vorangeht, kann die gesamtgesellschaftliche Wertschätzung für Sicherheitsbehörden und Einsatzkräfte wieder zu wachsen beginnen. Das ist ein wesentliches Ziel unserer politischen Arbeit. Polizistinnen und Polizisten leisten täglich einen großen Dienst am Gemeinwohl. Dafür bin ich Ihnen allen sehr dankbar.

Ihr Friedrich Merz



## Was Bündnis 90/Die Grünen für die Polizei will


Domnik Burzmann

# Den Arbeitsalltag der Polizistinnen und Polizisten spürbar verbessern

**Dr. Robert Habeck**

**Dr. Robert Habeck**

ist Mitte November zum Spitzenkandidaten für die Bundestagswahl 2025 gewählt worden. Nach der letzten Bundestagswahl 2021 zog er in den Bundestag ein und amtiert in der Bundesregierung als Stellvertreter des Bundeskanzlers sowie Bundesminister für Wirtschaft und Klimaschutz. Gemeinsam mit Annalena Baerbock war er von Januar 2018 bis Februar 2022 Bundesvorsitzender der Partei Bündnis 90/Die Grünen.



Es ist schon eine Weile her, dass ich die Gelegenheit hatte, Polizistinnen und Polizisten im Dienst zu begleiten. Aber ich erinnere mich noch gut daran, wie beeindruckt ich von ihrer Professionalität und ihrem feinen Gespür in oft schwierigen Situationen war. Unter hohem persönlichem Einsatz schützen sie die Menschen in unserem Land. Hierfür gilt ihnen mein tiefer Respekt. Umso besorgniserregender ist die zunehmende Anzahl an Gewalttaten oder Beleidigungen gegen Polizeibeamtinnen und Polizeibeamte, wie jetzt an Silvester erst wieder. Wer jene angreift, die uns schützen, hat mich zum Gegner. Doch die allermeisten Menschen vertrauen unserer Polizei, so wie auch ich großes Vertrauen in unsere Polizistinnen und Polizisten habe.

In ihrem Dienst bekommen Polizeikräfte – wie beim Anschlag in Magdeburg – Schlimmes zu sehen. Sie müssen in schwierigsten Situationen schnell und effizient handeln. Allen sei dafür Dank! Ich wünsche ihnen, dass sie das Erlebte gut verarbeiten können und die dafür nötige Unterstützung erhalten!

Anschläge wie in Magdeburg belegen schmerzlich, dass sich die Sicherheitslage in unserem Land verschärft hat. Dem müssen wir mit konkreter Politik antworten: durch den Einsatz für genug Personal, modernste Technik und Ausstattung, für effektive Befugnisse. Zentral ist, dass die Sicherheitsbehörden engstens zusammenarbeiten – und das darf nicht an unserer föderalen Sicherheitsarchitektur scheitern. Bei alledem müssen wir schnell Erfolge erzielen. Klar ist: Den Schutz von Rechtsstaat und Demokratie gibt es nicht zum Nulltarif – er kostet Geld.

Daneben braucht es moderne Rechtsgrundlagen. Dazu gehört, dass wir eine gesetzliche Basis für unsere Gemeinsamen Zentren zur Extremismus- und Terrorismusbekämpfung schaffen, um sie für die großen Herausforderungen angemessen aufzustellen. Im digitalen Bereich müssen wir die Polizei in die Lage versetzen, anwachsende Datenmengen auszuwerten – da, wo möglich, auch automatisiert. Die Polizei braucht zeit-

gemäße Datenzugriffsrechte, damit sie Terroristen ausfindig machen und Anschlagpläne rechtzeitig aufdecken kann. Ich möchte, dass Ermittlungen im Internet – auch verdeckte – erleichtert werden. Entscheidend dabei ist, dass wir eine einheitliche und moderne Informationsarchitektur zwischen Bund und Ländern aufbauen – die Polizei muss wissen, was die Polizei weiß.

An dem Erfolgsmodell „Gemeinsamen Zentren“ will ich anknüpfen und ein neues „Gemeinsames Zentrum Organisierte Kriminalität“ einrichten, in dem die Sicherheitsbehörden von Bund und Ländern ihre Erkenntnisse zusammenführen können.

Wir müssen Kriminelle auch dort treffen, wo es ihnen weh tut – beim Geld. Deswegen will ich es leichter machen, kriminell erlangtes Vermögen einzuziehen. Die 77 Clan-Immobilien, die 2018 unter einem Justizsenator der Grünen in Berlin beschlagnahmt wurden, dürfen nur der Anfang sein. Im Kampf gegen Geldwäsche braucht es eine echte Finanzpolizei. Dazu sollten wir das Bundesamt für die Bekämpfung der Finanzkriminalität weiterentwickeln.

Unser Staat muss außerdem frühzeitig erkennen können, welche neuen Bedrohungen entstehen. Damit wir „vor die Lage“ kommen, will ich einen periodischen Sicherheitsbericht gesetzlich verankern, der gemeinsam mit Experten aus der Wissenschaft erstellt wird.

Neben all dem ist mir wichtig, den Arbeitsalltag der Polizistinnen und Polizisten spürbar zu verbessern: stärkere Entlastung von unnötiger Bürokratie, Vereinbarkeit von Beruf und Familie verbessern und eine hochwertige persönliche Ausstattung in den Blick nehmen. Und auch hier ist Finanzielles bedeutsam – es freut mich daher, dass wir die Ruhegehaltsfähigkeit der Polizeizulage einführen konnten.

„Die Würde des Menschen ist unantastbar. Sie zu achten und zu schützen ist Verpflichtung aller staatlichen Gewalt.“ Das besagt unser Grundgesetz. Der polizeiliche Auftrag zur Gefahrenabwehr ist nichts weniger als die Erfüllung dieser verfassungsrechtlichen Pflicht. Polizistinnen und Polizisten erfüllen sie Tag und Nacht, das ganze Jahr über. Damit Menschen in unserem Land in Freiheit und Sicherheit leben können. Ich will alles dafür tun, dass die Polizistinnen und Polizisten das zu besseren Bedingungen tun können.



Bundestagswahl  
2025



Was die FDP  
für die Polizei will



FDP/Christian Lindner

## Polizei braucht insgesamt bessere Sicherheitsstrukturen

Christian Lindner

### Christian Lindner

ist seit Dezember 2013 Bundesvorsitzender der FDP. Er ist Mitglied des Deutschen Bundestages und war vom 8. Dezember 2021 bis 7. November 2024 Bundesminister der Finanzen. Der FDP-Bundesvorstand nominierte Lindner Mitte Dezember zum Spitzenkandidaten für die kommende Bundestagswahl.



Der Polizeiberuf ist etwas Besonderes. Wer ihn wählt, tut dies bewusst und aus Verantwortung für die Bürgerinnen und Bürger unseres Landes. Polizistinnen und Polizisten sorgen täglich für Stabilität und Sicherheit und leisten dabei Großartiges – häufig unter herausfordernden Bedingungen und mit beeindruckender Hingabe. Ihnen gebühren nicht nur unser Respekt und unsere Dankbarkeit, sondern auch jede Unterstützung.

Unser Land ist in einer herausfordernden Situation, nicht erst seit dem schrecklichen Anschlag auf dem Magdeburger Weihnachtsmarkt. Die Menschen, mit denen ich spreche, berichten mir oft auch von einem verloren gegangenen Sicherheitsgefühl. Wer sich nicht mehr sicher fühlt, verliert das Vertrauen in Staat und Politik. Mit der „Sicherheitsmilliarde“ wollte ich als Finanzminister diesem Trend aktiv entgegenwirken. Ziel der FDP ist es, den Personalaufwuchs fortzusetzen, gerade in den Bereichen Cyberkriminalität, organisierter Kriminalität und Terrorabwehr, und die Polizei mithilfe unbürokratischer Beschaffungsprozesse modern auszustatten.

Das ist aber nicht genug. Polizistinnen und Polizisten müssen sich zuvorderst um Gefahrenabwehr und Strafverfolgung kümmern können. Lärmbeschwerden, Falschparken oder Nachbarschaftsstreitigkeiten können auch von Ordnungsämtern geregelt werden. Das schafft Raum für die Kernaufgaben der Polizei: den Schutz der Bevölkerung, die Bekämpfung von Kriminalität und spürbare Präsenz vor Ort. Zudem wollen wir das Laufbahnrecht flexibilisieren, einen besseren Aufstieg für erfahrene Kräfte ermöglichen und so die Attraktivität des Polizeivollzugsdienstes steigern.

Eine schlagkräftige Polizei braucht insgesamt bessere Sicherheitsstrukturen im Land: Zu viele Behörden in Bund, Ländern und Kommunen überschneiden sich bei der Erfüllung ihrer Aufgaben im Bereich der Inneren Sicherheit. Die Befugnisse sind daher unübersichtlich und oftmals unklar. Deshalb müssen Bund und Länder die Struktu-

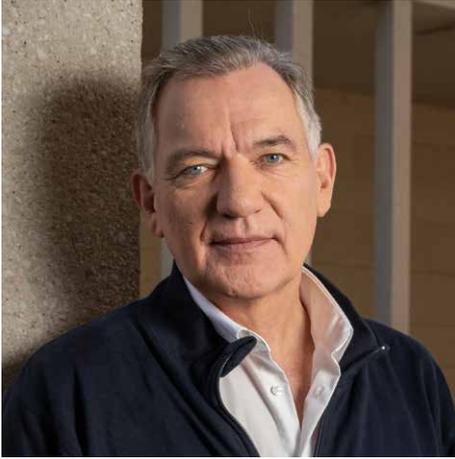
ren gemeinsam neu ordnen, sodass die relevanten Informationen auch schnell und geordnet da ankommen, wo sie benötigt werden: bei den Kräften, die auf der Straße für unsere Sicherheit sorgen – also bei all Ihnen.

Das schwindende Sicherheitsgefühl ist zum Teil auch ein Ergebnis unkontrollierter Migrationspolitik, nicht erfolgter Integration und der Herausbildung von Parallelgesellschaften. Viele Beamtinnen und Beamte berichten mir hinter vorgehaltener Hand über die enormen Probleme mit der irregulären Migration nach Deutschland. Ich höre vom Frust, wenn Intensivtäter immer wieder gefasst werden, aber es keine Konsequenzen gibt. Diese Personen haben ihr Bleiberecht aus meiner Sicht verwirkt und müssen umgehend in ihre Herkunftsländer abgeschoben werden. Doch konsequentere Rückführungen allein reichen nicht aus. Damit Integration gelingen kann, muss bei der Migration stärker als bislang begrenzt und priorisiert werden – und zwar zugunsten derjenigen, die sich aktiv in den Arbeitsmarkt und die Gesellschaft einbringen möchten.

Die kommende Bundestagswahl wird über vieles entscheiden, auch darüber, welche Werte unser Land in den nächsten Jahren prägen. Nur so viel: Eine unionsgeführte Regierung ist absehbar. Entscheidend ist, wer an ihrer Seite regiert. Wer eine bürgerliche Regierung möchte, die Verantwortung übernimmt, die Polizei stärkt und mit klaren Maßnahmen für mehr Sicherheit sorgt, muss die Freien Demokraten stärken. Nur so gibt es einen Politikwechsel, der Sicherheit und Freiheit zusammenbringt.



## Was Die Linke für die Polizei will



Martin Heinen

# Mehr Zeit für die wichtigen Aufgaben

Jan van Aken



Jan van Aken

ist seit Oktober 2024 gemeinsam mit Ines Schwerdtner Bundesvorsitzender der Linkspartei. Der promovierte Biologe arbeitete von 2004 bis 2006 als Biowaffeninspekteur für die Vereinten Nationen (UN) und war von 2009 bis 2017 Mitglied des Deutschen Bundestages.

Kürzlich hatte ich nach einem Spiel des FC St. Pauli ein längeres Gespräch mit einem sichtlich erschöpften Einsatzpolizisten. Der Satz „Ich liebe das hier, aber heute kann ich nicht mehr – das ist mir heute zu viel“ ist mir noch lange im Gedächtnis geblieben. Diese Worte stehen für eine Realität, die viele Menschen aus ihrem Berufsalltag kennen. Menschen, die täglich für unsere Sicherheit sorgen, verdienen mehr als Respekt – sie brauchen faire Bedingungen, bessere Unterstützung und ehrliche Wertschätzung.

Polizistinnen und Polizisten arbeiten oft unter hohem Druck und in schwierigen Situationen. Gerade deshalb müssen wir dafür sorgen, dass sie genügend Zeit für sich und ihre Familien haben. Faire Arbeitszeitmodelle wie die 4-Tage-Woche und verlässliche Schichtpläne sind dafür der Schlüssel. Und wenn jemand Nachtschichten oder Wochenendarbeit übernimmt, müssen die Zulagen regelmäßig an die steigenden Preise angepasst werden. Besonders im Osten Deutschlands kämpfen Beamt\*innen bis heute mit ungleichen Versorgungsansprüchen. Das ist ungerecht – und das muss sich ändern.

### Eine Polizei, die hilft und nicht nur durchsetzt.

Solche Momente zeigen: Die Polizei ist nicht nur dazu da, Gesetze durchzusetzen – sie ist auch Helfer und Partner. Wir wollen das Bild einer bürgernahen Polizei stärken. Dafür brauchen wir eine Ausbildung, die Menschlichkeit in den Mittelpunkt stellt:

Deeskalation, Kommunikation und der Umgang mit psychisch belasteten Menschen gehören in den Mittelpunkt der Ausbildung. Und keinen Platz für Rassismus lässt. Das schafft Vertrauen und beugt Konflikten vor.

### Personalmangel – Wenn Helfen an Grenzen stößt

„Wir haben zu wenig Personal, die Arbeit bleibt liegen und wir brennen aus“, so die Aussage vom Hamburger Einsatzpolizisten. Viele fühlen sich überfordert, weil einfach zu viel auf ihren Schultern lastet. Deshalb sagen wir: Wir brauchen mehr Personal – und gleichzeitig eine klare Priorisierung der Aufgaben. Die Verfolgung von Schwarzfahrern oder kleinen Cannabisdelikten kostet Zeit und Energie, die an anderer Stelle dringend gebraucht wird – etwa bei der Prävention oder der Bekämpfung von Gewaltkriminalität.

### Weniger Bürokratie, mehr Zeit für die Bürger

Viele Beamt\*innen leisten Doppelarbeit – erst im Einsatz, dann im Büro. Diese Doppelbelastung durch die schleppende Digitalisierung muss aufhören. Moderne digitale Systeme können helfen, den Arbeitsalltag zu erleichtern. Weniger Bürokratie bedeutet mehr Zeit für die wichtigen Aufgaben – für die Menschen vor Ort da zu sein.

### Sicherheit im Netz: Klare Regeln statt Chaos

Die Internetkriminalität wächst rasant, doch unsere Polizei hinkt hinterher. Wir sagen: Sicherheitslücken müssen geschlossen und nicht für Überwachungssoftware genutzt werden. Hass und Hetze im Netz dürfen nicht länger geduldet werden. Um hier wirksam vorgehen zu können, brauchen wir klare Regeln und eine bundesweite Zusammenarbeit. Statt jedes Bundesland für sich arbeiten zu lassen, wollen wir moderne Strukturen, die übergreifend funktionieren und den Polizist\*innen die Arbeit erleichtern.

### Mehr Schutz für die Schwächsten

Ob Gewalt gegen Frauen, Zwangsprostitution oder Menschenhandel – neben der Arbeit der Polizei braucht es Unterstützung für die vielfältigen zivilen Projekte. Frauenhäuser und Hilfsorganisationen müssen besser ausgestattet werden, um wirksam helfen zu können. Wir setzen uns dafür ein, dass die Istanbul-Konvention endlich vollständig umgesetzt wird. Unabhängige Koordinierungsstellen und mehr finanzielle Mittel sind der Schlüssel, um den Betroffenen eine echte Perspektive zu bieten.

### Gemeinsam für eine faire Polizei

Die Polizei leistet einen enorm wichtigen Beitrag für unsere Gesellschaft. Das kann sie aber nur weiterhin, wenn wir ihr die richtigen Rahmenbedingungen geben. Sie braucht mehr Personal, eine klare Aufgabenverteilung, moderne Arbeitsmittel und eine Ausbildung, die auf Menschlichkeit setzt. Gemeinsam mit den Gewerkschaften kämpfen wir für eine Polizei, die nicht nur schützt, sondern auch geschützt wird – durch faire Bedingungen und echte Wertschätzung.



Was das BSW  
für die Polizei will



## Freiheit braucht Sicherheit

Dr. Sahra Wagenknecht

### Dr. Sahra Wagenknecht

Ist seit der Parteigründung im Januar 2024 zusammen mit Amira Mohamed Ali Vorsitzende des Bündnisses Sahra Wagenknecht. Sie ist Spitzenkandidatin des BSW bei der Bundestagswahl 2025.

## Bündnis Sahra Wagenknecht

Vernunft  
und Gerechtigkeit.

Immer mehr Menschen fühlen sich in Deutschland nicht mehr sicher. Gewalt und Kriminalität nehmen zu, der soziale Zusammenhalt nimmt ab. Immer wieder kommt es zu schrecklichen Anschlägen, wie zuletzt in Magdeburg. Wie sehr es „brennt“ in unserem Land, bekommen Polizisten und Feuerwehrlaute täglich zu spüren. Im Durchschnitt werden jeden Tag 290 Polizistinnen und Polizisten zum Opfer einer gegen sie gerichteten Gewalttat, mit stark steigender Tendenz. Diese Entwicklung muss gestoppt werden! Polizisten verdienen für ihre harte Arbeit mehr Respekt und Anerkennung. Angriffe auf sie müssen konsequenter verfolgt und bestraft werden!

Wir setzen uns dafür ein, dass die Polizei so besetzt und ausgestattet wird, dass sie uns vor Gewalt und Kriminalität schützen kann und nicht selbst zum Opfer wird. Es ist ein unhaltbarer Zustand, dass in manchen Städten die Polizei aufgrund akuten Personalmangels selbst schwere Straftaten kaum mehr verfolgen kann. Unsere Polizei muss auf Augenhöhe mit Kriminellen, Terroristen und Extremisten handeln können. Wir fordern eine solide Ausstattung der Polizei mit modernen Einsatzmitteln und IT – gerade auch im Hinblick auf aktuelle Herausforderungen wie Cyberkriminalität und Terrorismus. Dabei sollten die Befugnisse der Sicherheitsbehörden eindeutige und klare Grenzen haben. Unser Ansatz ist die fachlich fundierte Ausbalancierung zwischen der Datenhoheit der Bürger und der Schlagkraft der Behörden: so viel Befugnis wie nötig, so viel Schutz der Privatsphäre wie möglich. Auch eine funktionierende Justiz ist Voraussetzung für eine rechtsstaatlich verfasste Demokratie. Es darf nicht so bleiben, dass Straftaten nicht verfolgt oder gar Hinweise auf mögliche Terroranschläge ignoriert werden, weil Justizbehörden unterbesetzt sind und die Verantwortung zwischen Behörden hin- und hergeschoben wird.

Sicherheit ist für uns ein öffentliches Gut, daher lehnen wir die Privatisierung von Sicherheitsaufgaben ab. Wir wollen mehr Per-

sonal in den Justizbehörden, die besonders in den Ländern stark unterbesetzt sind, sowie eine Reduzierung der Verfahrenszahlen. Dies erreichen wir durch sinnvolle Reformen, besonders im Bereich des Strafrechts. Wir wollen die Polizei von nachrangigen Aufgaben entlasten. Zum Beispiel gehören Hausdurchsuchungen wegen Politikerbeleidigung sicher nicht zu den Aufgaben, mit denen unsere Polizei und Ermittlungsbehörden sich beschäftigen sollten.

Sicherheit bedeutet für uns auch, dass Grenzen respektiert werden und die unkontrollierte Migration gestoppt wird. Deutschland hat seit 2015 jedes Jahr eine Großstadt aufgenommen – weitaus mehr als jedes andere Land in der EU. Zu den Folgen gehört, dass die Integration der Flüchtlinge und Einwanderer immer häufiger misslingt, weil Kommunen, Nachbarschaften und Schulen überfordert werden. Deutschland braucht für die kommenden Jahre eine Atempause. Ab sofort sollte der Grundsatz gelten: Wer aus einem sicheren Drittstaat einreist, hat kein Recht auf Aufenthalt. Wer kein Recht auf Aufenthalt hat, hat keinen Anspruch auf ein Asylverfahren und auch keinen Anspruch auf soziale Leistungen.

Echte Sicherheit ist ohne soziale Sicherheit nicht zu haben. Doch ein starker Sozialstaat funktioniert nur, wenn nicht jeder in ihn einwandern kann. Daher fordern wir eine Wende in der Migrationspolitik nach dem Vorbild von Dänemark sowie soziale Reformen, die soziale Ungleichheit abbauen und den Zusammenhalt stärken. Sicherheit – in all ihren Facetten – ist die Voraussetzung für Freiheit und für das friedliche Zusammenleben in Deutschland.



Was die CSU  
für die Polizei will



Bundestagswahl  
2025



DBT/Haar

## Volle Rückendeckung für unsere Polizei

Andrea Lindholz

**Andrea Lindholz**

ist Rechtsanwältin und  
Fachanwältin für Familienrecht.  
Sie vertritt seit 2013 für die CSU  
den Wahlkreis Aschaffenburg  
im Deutschen Bundestag, war  
von 2018 bis 2021 Vorsitzende  
des Innenausschusses und  
ist seit 2021 stellvertretende  
Vorsitzende der CDU/CSU-  
Bundestagsfraktion für Innen- und  
Rechtspolitik sowie Obfrau ihrer  
Fraktion im Parlamentarischen  
Kontrollgremium.



Wir alle spüren es: Deutschland ist in den vergangenen Jahren unsicherer geworden. Die Kriminalität hat erheblich zugenommen, unsere Behörden verzeichnen Höchststände bei extremistischen und antisemitischen Straftaten und mit den furchtbaren Attacken von Mannheim und Solingen hat der islamistische Terror im letzten Jahr wieder Opfer gefordert.

In der Politik und in der Gesellschaft wird viel zu häufig vergessen, dass es die Polizei ist, die Tag für Tag als erste mit dieser Entwicklung konfrontiert wird und in einem immer schwierigeren Umfeld agieren muss. Die Antwort darauf kann nur lauten: volle Rückendeckung für unsere Polizei! Für ihren Einsatz „an vorderster Front“ haben Polizistinnen und Polizisten größten Respekt und klare Anerkennung verdient. Dafür steht die CSU ohne Wenn und Aber.

Für uns bedeutet das mehr als bloße Worte: Wir wollen diesen Respekt und diese Anerkennung für die Polizei in konkrete Politik umsetzen. Wir werden den Polizeibeauftragten des Bundes – ein Symbol für Argwohn und Misstrauen der Ampel gegenüber der Polizei – wieder abschaffen. Pflichten zur Kennzeichnung von Vollzugsbeamten im Einsatz und zur Ausgabe von Kontrollquittungen lehnen wir klar ab: Die Arbeit der Polizei muss erleichtert, nicht erschwert werden.

Wer es ernst meint mit besserer Kriminalitätsbekämpfung und Respekt vor unserer Polizei, der gibt ihr die Ausstattung und die Befugnisse, die sie für ihre Arbeit braucht. Hier ist in den letzten drei Jahren fast nichts passiert. Es ist Zeit, diese Versäumnisse mit einer Offensive bei der öffentlichen Sicherheit wettzumachen:

Wir wollen die digitalen Befugnisse der Polizeien deutlich stärken. Dazu gehört die Einführung einer Mindestspeicherfrist für IP-Adressen, um schwere Straftaten wie beispielsweise Terroranschläge und Kinderpornografie im Netz besser verfolgen und verhindern zu können. Dazu gehören auch Kompetenzen wie Quellen-Telekommuni-

kationsüberwachung, Online-Durchsuchung und automatische Datenanalyse mittels KI für alle Bundessicherheitsbehörden. Wir wollen zudem die Bundespolizei und das Bundeskriminalamt in die Lage versetzen, mit Gesichtserkennungssoftware Polizeidaten mit öffentlich zugänglichen Datenbanken abgleichen zu können – der Fall der RAF-Terroristin Daniela Klette darf sich nicht wiederholen.

Das Bundespolizeigesetz muss endlich grundlegend reformiert und an die technische Entwicklung angepasst werden. Die Bundespolizei braucht beispielsweise moderne Befugnisse zur Abwehr von Drohnen, zur Aufklärung von lebensgefährdender Schleusungskriminalität und zum flächendeckenden Einsatz von sogenannten Tasern. Mit Tasern wird unseren Bundespolizistinnen und -polizisten ein zusätzliches Mittel zum Schutz von Dritten, aber auch zur Eigensicherung zur Verfügung stehen.

À propos Eigensicherung: Respekt und Anerkennung bedeuten für uns von der CSU auch, Polizisten und Rettungskräfte noch besser zu schützen. Die Gewalt gegen Polizeivollzugsbeamtinnen und -beamte hat längst ein unerträgliches Ausmaß angenommen. Wir wollen daher die Mindeststrafe für tätliche Angriffe auf Polizisten und Rettungskräfte auf sechs Monate, für heimtückische Attacken auf ein Jahr Haft erhöhen und damit als Verbrechen einstufen. Wenn der Täter eine Waffe oder ein anderes gefährliches Werkzeug bei sich führt, soll eine Strafe bis zu zehn Jahren verhängt werden können.

Ja, Deutschland ist unsicherer geworden. Aber das ist keine schicksalshafte Entwicklung, sondern eine Herausforderung, die die neue Bundesregierung mit höchster Priorität anpacken muss. Die CSU beweist in Bayern seit Jahren, dass es geht – mit der Polizei an ihrer Seite. Packen wir es also an.



## STARKE STIMME DER POLIZEI

# Darum geht es uns!

Am 23. Februar wählt Deutschland eine neue Bundesregierung. Mit Blick auf eine stabile Innere Sicherheit benötigen die demokratischen Parteien, die Parlamente und Regierungen in unserer Bundesrepublik intensive Impulse für gute, weitreichende und nachhaltige Entscheidungen. Nach dem Ampelaus hat die Gewerkschaft der Polizei (GdP) bereits Anfang Dezember geliefert: Das Impulspapier: „Die Innere Sicherheit Deutschlands wirksam stärken“. Darin sagt die GdP, was gebraucht wird, und vor allem, was die Beschäftigten in der Polizei benötigen.

Michael Zielasko

„Als anerkannte Expertin für Sicherheitsfragen und kompetente Stimme von rund 210.000 hinter der GdP stehenden Mitgliedern haben wir starke Impulse in die politische Welt gegeben“, erklärt GdP-Chef Jochen Kopelke und macht gleich eines sehr deutlich: Von der nächsten Regierung erwartet die größte Gewerkschaft der Polizeibeschäftigten Europas nicht nur ein klares Bekenntnis zu den deutschen Sicherheitsbehörden. Es muss angepackt werden – an vielen Stellen, mit Realitätssinn und Entschlossenheit.

Es sei dringend, unterstreicht er: „Die Bedrohungslage der Bundesrepublik ist akut. Schlimme Vorfälle, nicht nur der letzten Zeit, zeigen dies deutlich. Die Polizei ist überbeansprucht. Wichtige und dringende Entscheidungen dulden keinen Aufschub. Für uns Polizistinnen und Polizisten geht es um einen nachhaltigen Haushalt und eine moderne Ausstattung. Wir benötigen mehr Tempo bei der Digitalisierung sowie erweiterte, praxistaugliche Befugnisse für eine wirksamere Verbrechensbekämpfung. Wir benötigen mehr Personal – auch im Verwaltungsbereich. Wir brauchen gute und bundesweit vergleichbare, harmonisierte Arbeitsbedingungen. Notwendig ist zudem die Intensivierung der europäischen und internationalen Polizeiarbeit. Die Gewährleistung der Inneren Sicherheit gelingt nur gemeinsam besser!“

## Im Überblick

Das GdP-Impulspapier umfasst unter anderem Forderungen und Anregungen zur gesamten föderalen Sicherheitsarchitektur der Bundesrepublik, darunter bundesgesetzliche Änderungen zur Verbesserung der polizeilichen Ermittlungsarbeit und zur Bekämpfung von Terrorismus, des Antisemitismus und der Organisierten Kriminalität (OK). Weiterhin zu den Arbeitsbedingungen und dem Schutz der Beschäftigten in den Sicherheits- und Ermittlungsbehörden. Die Gewerkschaft geht ebenso auf gesetzliche Regelungen und Verbesserungen für die Bundespolizei, das Bundeskriminalamt, die Bundestagspolizei, den Zoll und die Nachrichtendienste ein. Ebenso im Fokus der GdP stehen die Verkehrssicherheit und die „Vision Zero“.

Die GdP spricht sich auf der Bund-Länder-Ebene für eine Harmonisierung und gemeinsame Standards aus. Notwendig seien dabei



ein Musterpolizeigesetz, ein Musterzwangsgesetz und ein Musterversammlungsgesetz zur Angleichung der bundesweit heterogenen Polizei- und Versammlungsgesetze. Insbesondere bei länderübergreifenden Einsätzen wird laut GdP durch eine gemeinsame Beschaffung, die Interoperabilität der Ausstattung und der Kommunikationsmittel zu einer deutlich verbesserten Einsatzfähigkeit führen. Zudem sollen bessere kriminalpolizeiliche Fortbildungen und der Ausbau zentraler BKA-Services, vornehmlich mit Blick auf die Digitalisierung polizeilicher Arbeit, umgesetzt werden.

Für die Beschäftigten fordert die GdP einheitliche Arbeitsbedingungen sowie eine entsprechend vergleichbare Besoldung. Zulagen für die Erschwernisse des Polizeiberufs seien bundesweit einheitlich und dynamisiert auszugestalten. Zugleich sollen Ausbildungsstandards sowie bundeseinheitliche Regelungen für Anwärterbezüge geschaffen werden. Gestärkt und verbessert werden müssten der Gesundheitsschutz und die Mitbestimmung, gerade auch für junge Beschäftigte.

## Zentrale Aussagen und Forderungen

### Die Bedürfnisse der Kolleginnen und Kollegen stehen für die GdP an erster Stelle.

- ▶ Die GdP fordert eine Vereinheitlichung der Arbeitsbedingungen und Besoldung von Polizeibeschäftigten in Bund und Ländern, um die Diskrepanzen zwischen den Bundesländern zu beseitigen. Vergleichbare Arbeit soll auch zu vergleichbaren Bedingungen vergütet werden.
- ▶ Wir setzen uns für ein einheitliches Grundgehalt und bundeseinheitliche Regelungen bei der Besoldung und Versorgung ein. Zulagen für Erschwernisse des Polizeiberufs sind bundesweit einheitlich und dynamisiert auszugestalten.
- ▶ Um bestehende Ungerechtigkeiten zu beseitigen, sollen angemessene Versorgungsansprüche für Beamtinnen und Beamten in Ostdeutschland sichergestellt werden.
- ▶ Grundsätzlich fordert die GdP mehr Polizeibeschäftigte und entsprechend angepasste Verwaltungsstellen.
- ▶ Wir wollen umfassendere Bildungsangebote und eine diversere Polizei.
- ▶ Der Beruf und das Privatleben benötigen eine bessere Balance. Das „Homeoffice“ muss ein fester Bestandteil des Arbeitens in der Verwaltung und im Polizeivollzug sein. Dazu bedarf es eines bundesweit angeglichenen Rechtsrahmens, der einen Anspruch auf mobiles, ortsunabhängiges Arbeiten enthält.
- ▶ Die GdP spricht sich für kürzere Arbeitszeiten, Angleichungen im Tarif- und Laufbahnrecht, Sabbaticals und mehr Unterstützung für Seniorinnen und Senioren aus. Die generelle Wochenarbeitszeit soll auf 34 Stunden bei vollem Lohnausgleich abgesenkt werden. Dazu sollen auch Pilotprojekte mit einer Vier-Tage-Woche im administrativen und operativen Bereich mit einer Tagesarbeitszeit von maximal 8,5 Stunden durchgeführt werden.
- ▶ Wir wollen klare Regeln für Mehrarbeit und deren Überwachung. In Fällen von Verstößen des Arbeitgebers oder Dienstherren gegen Sozialvorschriften oder Arbeitszeitregelungen fordert Eure Gewerkschaft Ahndungsmöglichkeiten, die auch mit Strafen bewehrt sind.
- ▶ Wird Mehrarbeit zu besonderen Zeiten – zum Beispiel in der Nacht, am Wochenende oder an Feiertagen – geleistet, betrachten wir diese Stunden als wertvoller als eine Arbeitsstunde innerhalb der regulären Arbeitszeit. Für diese Mehrarbeit soll eine Quotierung beziehungsweise Faktorisierung geschaffen werden.
- ▶ Wir wollen, dass mit geleisteter Mehrarbeit fair umgegangen wird. Sicherergestellt werden muss, dass die Mehrarbeit für die Beschäftigten dauerhaft auf Zeitkonten hinterlegt wird und keinesfalls verfällt.
- ▶ Die GdP fordert weiterhin die Vereinheitlichung der Ausbildungsstandards. Bundeseinheitliche Regelungen für Anwärterbezüge sollen die Nachwuchsförderung verbessern und die Attraktivität der Polizeiausbildung steigern.
- ▶ Für unsere Kolleginnen und Kollegen wollen wir eine moderne Familienpolitik.
- Nach der Geburt eines Kindes sollen Väter und gleichgestellte Personen einen Anspruch auf zehn bezahlte Freistellungstage haben. Das sieht ein EU-Rechtsanspruch vor, der auch in Deutschland als Zeichen einer modernen Familienpolitik – auch und gerade für die Beschäftigten in den Polizeien und beim Zoll – durchgesetzt werden soll.
- ▶ Ein Großteil der ehemals Beschäftigten gelten in der Krankenversicherung als Privatversicherte mit Beihilfeanspruch. Für sie alle fordert die GdP eine verpflichtende Einführung der elektronischen Patientenakte und des E-Rezeptes.
- ▶ Angesichts der seit Jahren zunehmenden Anfeindungen, Bedrohungen und Gewalt fordern wir umfassende Maßnahmen zum Schutz der Beschäftigten in Sicherheitsbehörden, im Netz, im Melderecht sowie beim dienstlichen Rechtsschutz.
- ▶ Wir benötigen deutliche Verbesserungen bei der Anerkennung von im Dienst erlittenen Verletzungen als Dienstunfall. Posttraumatische Belastungsstörungen müssen einfacher als Dienstunfälle anerkannt werden. Die Dienstunfallfürsorge muss für alle gewährleistet sein, egal, ob sie noch in der Ausbildung oder bereits im Beruf sind.
- ▶ Die GdP setzt sich für die Allzuständigkeit von Personalräten unter Berücksichtigung verfassungsrechtlicher Grenzen ein. In allen sozialen, personellen, organisatorischen und sonstigen innerdienstlichen Angelegenheiten muss die Mitbestimmung die Regel und nicht die Ausnahme sein.
- ▶ Jugend- und Auszubildendenvertretungen (JAV) müssen auch im Vollzugsbereich bei der Bundespolizei eingesetzt werden. Anwärterinnen und Anwärter können dort derzeit keine JAV wählen. Klipp und klar: Die jungen Kolleginnen und Kollegen haben keine Möglichkeit, ihre Interessen zu vertreten.
- ▶ Das Kennenlernen europäischer Gemeinsamkeiten und Unterschiede – auch im Bereich der Polizei – stärkt die interkulturelle Kompetenz. Daher sind Zugänge zum und das Erlangen eines Platzes



im europäischen Austauschprogramm ERASMUS+ für Beschäftigte von Polizei- und Sicherheitsbehörden zu erleichtern.

### Für eine starke Polizei.

- ▶ Die GdP fordert zur Finanzierung der Inneren Sicherheit eine nachhaltige Haushaltspolitik und ein „Sondervermögen Innere Sicherheit“.
- ▶ Die sogenannte Schuldenbremse steht einer aktuell dringend erforderlichen Ausweitung der Finanzierung der Inneren Sicherheit entgegen.
- ▶ Die gesamte Rechtsstaatskette muss systematisch gestärkt werden.
- ▶ Wir benötigen Erleichterungen der Polizeiarbeit bei Ermittlungen, die Optimierung der Strafverfolgung und verbesserte Maßnahmen zur Bekämpfung von Terrorismus und Antisemitismus.
- ▶ Die GdP spricht sich für ein angepasstes Waffenrecht mit funktionierender Überwachung und Durchsetzung aus.
- ▶ Die Sicherheitslage muss intensiver erforscht und dokumentiert werden, um die Kriminalitätsbekämpfung fundierter, gezielter und strategischer gestalten zu können.
- ▶ Mit stärkeren Ermittlungsbefugnissen, insbesondere auch bei der Vermögensabschöpfung, soll die Organisierte Kriminalität wirksamer bekämpft werden. Wir wollen einen besseren Schutz vor Menschenhandel, Zwangsprostitution und spürbar wirksamere Maßnahmen gegen die Gewalt gegenüber Frauen.
- ▶ Wir benötigen einheitliche Gesetze und Standards sowie eine gemeinsame Beschaffung. Mithilfe eines Musterpolizeigesetzes, eines Musterzwangsgesetzes und eines Musterversammlungsgesetzes soll unter Berücksichtigung europäischer Bezüge eine Angleichung der Polizei- und Versammlungsgesetze vorangebracht werden.
- ▶ Die Polizei benötigte bessere kriminalpolizeiliche Fortbildungen und den Aus-

bau zentraler Serviceangebote des Bundeskriminalamtes (BKA).

- ▶ Die GdP fordert zusätzliche Anstrengungen für die Bereitschaftspolizeien, um deren Einsatzfähigkeit zu sichern und zu verbessern. Der Inspekteur der Bereitschaftspolizeien der Länder beim Bund benötigt größere finanzielle Ressourcen. Die sachliche Ausstattung muss verbessert werden.
- ▶ Angesichts hybrider Bedrohungsszenarien muss die Zusammenarbeit von Nachrichtendiensten, zivilen Sicherheitsbehörden und der Bundeswehr muss verbessert werden.

### Für mehr Sicherheit auf den Straßen

- ▶ Die GdP setzt sich dafür ein, die vollständige Vermeidung von Todesopfern und Schwerverletzten im Verkehr umzusetzen, damit aus der Vision Zero Realität wird.
- ▶ Wir fordern Investitionen in digitale Technik und die Überarbeitung von Verkehrsregelwerken wie dem Straßenverkehrsgesetz, der Straßenverkehrsordnung und der Bußgeldkatalog-Verordnung. Die Verkehrsregeln und Sanktionen bei Verstößen bedürfen einer europäischen Vereinheitlichung. Die Höhe von Bußgeldern und Strafen muss die Gefährlichkeit von Regelverstößen widerspiegeln.

### Digital auf der Höhe sein

- ▶ Die Digitalisierung der Polizei in Deutschland muss mehr Fahrt aufnehmen. Klare Rechtsgrundlagen und zentrale IT-Dienstleistungen durch das BKA sind dafür erforderlich. In jedem Fall muss jedoch die grundsätzliche Zuständigkeit der Länder beachtet werden.
- ▶ Wir wollen eine moderne und einheitliche IT-Infrastruktur für Bund und Länder. Rechtliche und technische Hindernisse, die sich bei der länderübergreifenden Harmonisierung, bei der Standardisierung und bei der Verknüpfung polizeilicher Datenbanken und Informationssysteme zeigen, müssen aus dem Weg geräumt

werden. Dazu ist das „Programm P20“ im Sinne einer gemeinsamen und einheitlichen Informationsarchitektur zwingend bis zur vollständigen Umsetzung mit den erforderlichen finanziellen Mitteln auszustatten. Die IT-Harmonisierung soll die Kommunikation der Polizeien untereinander ebenso wie die mit Justiz und Staatsanwaltschaften umfassen.

- ▶ Die GdP fordert barrierefreie Software, kostenfreie Hardware und eine modernisierte Ausbildung. Ein Digitalisierungspakt soll Standards definieren, einen besseren Datenaustausch gewährleisten und dazu dienen, eine einheitliche IT-Infrastruktur und -Ausstattung zu beschaffen und zu betreiben. Flächendeckend sollen den Bürgerinnen und Bürgern Online- oder Internetwachen zur Verfügung stehen.

### Über die Grenzen hinaus

- ▶ Nach Auffassung der GdP soll ein spezialisierter Parlamentsausschuss im Europäischen Parlament geschaffen werden, der sich gezielt mit der Inneren Sicherheit befasst. Dieser wäre damit beauftragt, gezielt politische Maßnahmen für das Politikfeld zu erarbeiten. So würde sichergestellt, dass die europäische Innere Sicherheit einen angemessenen Platz auf der politischen EU-Agenda erhält.
- ▶ Um die europaweite gemeinsame Polizeiarbeit weiter voranzubringen, ist ein klarerer Rechtsrahmen zu schaffen. Der Daten- und Informationsaustausch muss verbessert werden.
- ▶ Die Rechtsgrundlagen für die forcierte Bekämpfung von Cybercrime sollen laut GdP auf europäischer Ebene angeglichen und die Speicherung von IP-Adressen per EU-Gesetzgebung einheitlich geregelt werden.
- ▶ Die grenzüberschreitende, europäische Zusammenarbeit von Polizei und Sicherheitsbehörden muss zudem intensiviert werden. Einer gezielten Förderung bedürfen Leuchtturmprojekte transnationaler Polizeieinheiten wie der Deutsch-Französischen Einsatzeinheit (DFEE).

- ▶ Die europäischen Sicherheitsbehörden und Agenturen – mit Europol und Frontex – sind durch zusätzliche Ressourcen und Erweiterungen der operativen Fähigkeiten zu stärken. Frontex könne so dafür sorgen, dass zur Sicherung von Europas Außengrenzen die nationale polizeiliche Überwachung der Binnengrenzen verzichtbar wird.
- ▶ Die GdP fordert Reformen im Asylsystem sowie aktualisierte Rückführungsabkommen. Stationäre Grenzkontrollen an Deutschlands Grenzen – an den Schengen-Binnengrenzen – sind grundsätzlich nicht vorgesehen. Sie sind arbeitsintensiv und stellen eine extreme Belastung für Polizei, Bevölkerung und Grenzregionen dar. Das europäische Asylsystem ist daher schnellstmöglich so effektiv zu gestalten, dass die Binnengrenzen künftig nicht mehr polizeilich kontrolliert werden müssen.
- ▶ Grundsätzlich soll die internationale Zusammenarbeit in der Polizeiarbeit gestärkt werden. Dies beinhaltet die Rolle von Interpol als einen wichtigen Teil der internationalen Kooperation. Interpol benötigt zur Weiterentwicklung ausreichend Personal, eine bessere Ausstattung, einen verstärkten Daten- und Informationsaustausch in einem verlässlichen und überprüfbareren Rechtsrahmen.
- ▶ Die GdP als Beschäftigtenvertretung richtet selbstverständlich auch einen Fokus auf die Interessen der Beschäftigten. Sie will die Wahrung guter Arbeitsstandards bei gemeinsamen europäischen Einsätzen und die verbesserte institutionalisierte Mitbestimmung in der Auslandsverwendung sowie bei europäischen Sicherheitsbehörden sowie Agenturen.
- ▶ Da in ganz Europa Anfeindungen, Bedrohungen und Gewalt gegen Beschäftigte der Polizeien zunehmen, plädiert die GdP für EU-weite Maßnahmen zum Schutz der Polizeibeschäftigten.



Zum Impulspapier: „Die Innere Sicherheit Deutschlands wirksam stärken“



## FLIR Scout Pro™

### ENTWICKELT FÜR DIE HITZE DES GEFECHTS

In hochsensiblen Umgebungen und zeitkritischen Situationen benötigen Einsatzkräfte einen Partner, auf den sie sich verlassen können – agil, aufmerksam und aktiv. Das FLIR Scout Pro erfüllt diese Anforderung. Entwickelt in Zusammenarbeit mit Strafverfolgungsbehörden und Fachleuten für öffentliche Sicherheit, ermöglicht der Scout Pro mit dem 32°-Sichtfeld – dem größten auf dem Markt erhältlichen – eine schnelle Suche nach menschlichen Wärmesignaturen in einer Entfernung von bis zu 500 Metern, und das selbst bei völliger Dunkelheit.

FLIR Scout Pro wurde für die Hitze des Gefechts entwickelt und ist Ihr unverzichtbarer Partner für die öffentliche Sicherheit und taktische Einsätze. Bestellen Sie noch heute und erleben Sie das Neueste in der Wärmebildtechnologie.



Erkennen Sie im Wärmebild, was das menschliche Auge nicht erkennen kann.

Mehr Informationen  
zur FLIR Scout Pro





IG Metall



## GASTKOMMENTAR

# Weil das JETZT zählt!

Eine Perspektive außerhalb unseres polizeilichen Tellerrandes mit Blick auf die Bundestagswahl: die IG-Metall-Vorsitzende Christiane Benner in ihrem Gastkommentar über Kooperation statt Kahlschlag, eine spürbare Investitionsoffensive, mehr Tarifbindung und nicht zuletzt eine sichere Rente.

---

 Christiane Benner
 

---

Weil das JETZT zählt! Unsere Metallforderungen zur Bundestagswahl:

Die Lage der deutschen Wirtschaft ist ernst. Die schlechten Nachrichten reißen nicht ab. Die Arbeitgeber blasen zum Großangriff auf unsere Mitbestimmung und gute Arbeit. Der dauerhafte Verlust von Arbeitsplätzen und Wertschöpfung droht, mit dramatischen Folgen: Die Industrie ist ein entscheidender

Eckpfeiler unserer sozialen und demokratischen Gesellschaft. Etwa acht Millionen Arbeitsplätze hängen direkt von ihr ab. Der Staat profitiert von hohen Steuereinnahmen, durch die nicht nur neue Schulgebäude, saubere Straßen oder eine gute Verkehrsinfrastruktur finanziert werden, sondern auch ausreichend Personal zur Gewährleistung der inneren Sicherheit und der staatlichen Daseinsvorsorge.

Ohne Frage erfordert der Umbau der Industrie hin zu klimaneutraler Produktion und die fortschreitende Digitalisierung große Kraftanstrengungen. Es lohnt aber: Experten rund um den Globus sind sich einig, die deutsche Industrie hat das Potenzial, ihre weltweite Spitzenposition auch im Wandel zu behaupten. Das Problem: statt gemeinsam mit den Beschäftigten Technologien und Produkte weiterzuentwickeln, glänzen viele Arbeitgeber durch Taten- und Planlosigkeit.

Als IG Metall werden wir ihnen das nicht durchgehen lassen. Die Weichen für eine erfolgreiche Zukunft müssen jetzt gestellt werden. Wenn Deutschland ein starkes Industrieland bleiben soll, brauchen wir Kooperation statt Kahlschlag. Wir fordern von den Arbeitgebern zukunftsfähige Konzepte und ein Bekenntnis zum Standort Deutschland!

Aber auch die Politik ist in der Verantwortung, bessere Rahmenbedingungen zu schaffen. Um den Kostendruck in den Betrieben zu reduzieren, braucht die energieintensive Industrie umgehend Entlastungen beim Strompreis. Auch die Mitbestimmungsgesetze bedürfen dringend einer Überarbeitung. Beschäftigte sollten in ihren Betrieben auch in wirtschaftlichen Fragen mitbestimmen, um die Planlosigkeit der Arbeitgeber zu korrigieren. Studien zeigen: Mitbestimmte Unternehmen sind erfolgreicher! Die Stärkung der Demokratie im Betrieb bedeutet auch eine Stabilisierung der Demokratie in unserer Gesellschaft.

Von einer künftigen Bundesregierung fordert die IG Metall eine Investitionsoffensive. Fachleute gehen davon aus, dass in den nächsten zehn Jahren jährlich etwa 60 Milliarden Euro zusätzlich für Klimaschutz, Bildung, Straßen und Schienen benötigt werden.

Um die Verkehrswende erfolgreich zu bewältigen und zugleich Arbeitsplätze zu si-



chern, braucht es ein sozial ausgestaltetes Förderpaket zum Hochlauf der Elektromobilität. Die Politik muss im gewerblichen wie im privaten Bereich die Anschaffung von E-Autos attraktiver machen und den Ausbau der Ladeinfrastruktur fördern. In Frankreich hat der Staat Leasingprogramme für E-Autos entwickelt, die sich speziell an einkommensschwache Haushalte wenden. Das geht auch in Deutschland!

Das alles kann nicht aus der Portokasse finanziert werden. Eine Reform der Schuldenbremse ist daher dringend notwendig. Um die Einnahmenseite des Staats zu stärken, fordern wir ein gerechtes Steuersystem, das Spitzenverdiener und Vermögen angemessen einbezieht und die arbeitende Mitte entlastet.

In Zeiten des Wandels muss auch der Sozialstaat handlungsfähig sein. Die IG Metall

fordert daher den Ausbau arbeitsmarktpolitischer Instrumente, mehr Tarifbindung und nicht zuletzt eine sichere Rente. Ich kann alle politischen Parteien nur davor warnen, soziale Sicherheit gegen Investitionen auszuspielen. Der Sozialstaat ist kein lästiger Kostenfaktor. Er gewährleistet Stabilität und sozialen Frieden.

Die IG Metall gibt keine Wahlempfehlungen ab. Als Einheitsgewerkschaft sind wir mit allen demokratischen Parteien im Gespräch und werben für unsere Positionen. Die IG Metall steht für soziale Gerechtigkeit, eine Stärkung der Demokratie in Gesellschaft und Betrieb und eine positive Zukunftsvision für einen starken Wirtschaftsstandort Deutschland. Dafür kämpfen wir nicht allein, sondern gemeinsam mit den Kolleginnen und Kollegen unserer Schwestergewerkschaften im DGB. ■

### Christiane Benner

ist seit Oktober 2023 Erste Vorsitzende der IG Metall. Die gelernte Fremdsprachenkorrespondentin und Diplom-Soziologin verantwortet die Bereiche Grundsatzfragen/ Gesellschaftspolitik, Zielgruppen, die Organisationspolitik, Betriebs- und Mitbestimmungspolitik sowie die Interne Revision und das Justitiariat der IG Metall.

ANZEIGE


**WEISSER RING**

Wir helfen Kriminalitätsopfern.

## Geben Sie weiter, was Ihnen am Herzen liegt

Wer einer Straftat zum Opfer fällt, benötigt Hilfe. Unterstützen Sie Menschen, die Opfer von Gewalt und Kriminalität wurden, und geben Sie ihnen neuen Lebensmut. Mit einer Testamentsspende helfen Sie uns, Betroffenen in dieser Notlage zur Seite zu stehen. Wir leisten menschlichen Beistand, hören zu und beraten.

Ihre Fragen rund um das Thema Erbe und Nachlass beantwortet Ihnen gerne:

 **Benjamin Buddendiek**  
 **Tel. 06131 9503333**  
 **nachlass@weisser-ring.de**



Mehr unter  
[www.weisser-ring.de/erbschaften](http://www.weisser-ring.de/erbschaften)



Stefan Koch

## GASTKOMMENTAR

# Vergeigte Transformationspolitik

Eine weitere Perspektive außerhalb unseres polizeilichen Tellerrandes mit Blick auf die Bundestagswahl: der IG-BCE-Vorsitzende Michael Vassiliadis in seinem Gastkommentar über einen schrumpfenden Industriestaat, ein toxisches Gebräu und die To-dos für ein ökonomisches Comeback.

---

 Michael Vassiliadis
 

---

**D**ieser Gastbeitrag kommt aus einer fremden Welt. Für 97 Prozent der Deutschen liegt sie weit entfernt ihrer eigenen Lebensrealität. Man kennt sie höchstens vom Vorbeifahren an kilometerlangen, streng abriegelten Werksanlagen mit ihren Schornsteinen, Öfen, Tanks, Rohren.

Die Produkte, die dort entstehen, nutzen wir alle jeden Tag hundertfach. Meist wissen wir es nur nicht. Sie sind selten greifbar, liegen nicht im Schaufenster, tragen kei-

nen Stern oder Apfel als Logo. Aber ohne die Grundstoffindustrien und ihre Vorprodukte gäbe es auch diese Marken nicht, genauso wenig wie Lastenräder, Wärmepumpen, Solaranlagen oder Windräder.

Zweitens: Auf den abgeschotteten Werksanlagen arbeiten Menschen wie du und ich. 1,1 Millionen an der Zahl. Sie machen das engagiert, kompetent und meist eher zurückhaltend nach außen. Oft steuern sie gewaltige Prozesse, tragen große Verantwor-

tung und stehen für 240 Milliarden Euro Wertschöpfung in diesem Land. Nicht ohne Grund haben diese Beschäftigten gut bezahlte, ordentlich geregelte und tariflich abgesicherte Arbeitsplätze.

Drittens: Wir brauchen Branchen wie Chemie, Metalle, Papier, Glas oder Kunststoffe zwingend für die Transformation unserer Industriegesellschaft, für die klimaneutralen Produkte der Zukunft, für eine funktionierende Kreislaufwirtschaft. Sie selbst haben sich längst auf den Weg gemacht dorthin.

Viertens: Die energieintensiven Branchen sind die Garanten eines industriellen Netzwerks, das weltweit seinesgleichen sucht und bislang sehr erfolgreich den deutschen Wohlstand gemehrt hat. Automobil und Maschinenbauer sind froh, so viele Zulieferer vor der Haustür zu haben.

Das alles ist in Gefahr. Die Energieintensiven drohen uns abhandenzukommen. Schleichend und still, aber folgschwer. Produktionsverlagerungen, Sparprogramme und Personalabbau bestimmen das Bild. Diese Branchen sind ein zentraler Grund dafür, dass Deutschland als einziger Industriestaat derzeit schrumpft.

Zu toxisch ist das Gebräu, das sich für sie gebildet hat. Die Zutaten sind: Nachfrageschwäche, Investitionsstau, überhöhte Energiepreise, überbordende Regulierung, marode Infrastruktur – und nicht zuletzt eine vergeigte Transformationspolitik.

Ausgerechnet jetzt, da die Energieintensiven die Transformation der heimischen Standorte angehen sollten. Diese Modernisierung wäre nicht nur eine Chance für weitere Fortschritte beim Klimaschutz in Deutschland, sondern auch für eine nachhaltige Sicherung von Standorten, Arbeitsplätzen, Wachstum und Wohlstand.

So liegt es in unser aller Interesse, die Arbeit der Kolleginnen und Kollegen am An-





fang der Wertschöpfungsketten zu unterstützen. Es ist nichts anderes als eine Investition in die Zukunft des Landes, schlicht gut angelegtes Geld.

Diese Erkenntnis reift gerade auch in der Politik. Die Krise der Industrie ist dort derzeit das zentrale Thema. Das ist längst überfällig. Wir brauchen jetzt im Bundestagswahlkampf einen kurzen, intensiven Wettstreit der Konzepte. Und anschließend dann vor allem eines: Entscheidungen.

Die IGBCE hat dafür wirtschaftspolitische Leitlinien formuliert, in denen die aus unserer Sicht wichtigsten To-dos für ein ökonomisches Comeback Deutschlands beschrieben werden. Zunächst braucht der Standort ein schnell wirksames Konjunkturprogramm, um dann im zweiten Schritt mit mittelfristigen Strukturverbesserungen zurück zu einem nachhaltigen Wachstums- und Fortschrittspfad zu finden.

Dazu gehört auch ein Update der Transformationspolitik. Ihre Erfolge halten sich bislang in engen Grenzen, der Fokus ist zu stark auf die Klimaziele ausgerichtet, industriepolitische Aspekte wie internationale Wettbewerbsfähigkeit sind zu stark vernachlässigt worden. Gleichzeitig hat die Politik nicht geliefert: Die Diskrepanz zwischen den gesetzlichen Ansprüchen einerseits und den dafür zu schaffenden staatlichen Infrastrukturvoraussetzungen andererseits ist größer geworden statt kleiner.

Die Energieintensiven mögen vielen fremd sein, aber wir brauchen sie mehr denn je. Es sind keine Industrien von gestern, sondern von morgen. Indem wir sie jetzt modernisieren, bremsen wir den nötigen Strukturwandel nicht aus, sondern befördern ihn. Einen Exodus dieser Branchen können wir uns weder gesellschaftlich noch volkswirtschaftlich oder klimapolitisch leisten. ■

#### Michael Vassiliadis

absolvierte bei der Bayer AG in Dormagen die Ausbildung zum Chemielaboranten und war bis 1986 in diesem Beruf tätig. 1980 wurde er Mitglied bei der IG Chemie-Papier-Keramik (IG CPK). Nach zahlreichen ehrenamtlichen Funktionen wirkte er von März 2004 bis Oktober 2009 als Mitglied des geschäftsführenden Hauptvorstandes der IG BCE und war in dieser Zeit für die Bereiche Betriebsräte, Bildung, Jugend sowie Vertrauensleute/Ortsgruppen zuständig. Vassiliadis wurde dann 2009 auf dem 4. Ordentlichen Gewerkschaftskongress der IG BCE zum Vorsitzenden gewählt.

ANZEIGE

# POLIZEITAGE 2025

## WIR DISKUTIEREN SICHERHEIT!

**02. 04. 2025** Polizeitag Magdeburg

**27. 08. 2025** Polizeitag Mainz

**01. 10. 2025** Polizeitag Potsdam

**27. 11. 2025** Polizeitag München

**Behörden Spiegel**



Eine Veranstaltungsreihe des Behörden Spiegel und der Gewerkschaft der Polizei (GdP)

[www.polizeitage.de](http://www.polizeitage.de)

## Innenleben



Berlins GdP-Landesvorsitzender Stephan Weh und die Landesjugendvorsitzende Janina Weis bei der Petitionsübergabe an BMI-Staatssekretärin Juliane Seifert.

**G**egenüber den Zeitungen der Funke-Mediengruppe warnte Kopelke vor einer Zunahme von lebensgefährlichem Risikoverhalten in Teilen der Bevölkerung. „Fünf Tote durch schwere Böllerexplosionen sind eine schlimme Bilanz für den ersten Tag im neuen Jahr“, sagte der Gewerkschafter. Die vielen Verletzten und Videos in den sozialen Medien zeigten, dass normales Feuerwerk einigen nicht mehr ausreicht. Es müsse immer mehr Sprengkraft, große Explosionen und viel Feuer dabei sein, betonte er und unterstrich, dass selbst gebaute Sprengsätze und illegale Kugelbomben nicht zu den Jahreswechselfeierlichkeiten gehören dürften.

Wörtlich sagte er: „In Leipzig, München, Köln und Hamburg wurden wir gezielt beschossen und verletzt. Das muss schnelle und spürbare Konsequenzen für die Täter und spürbare Auswirkungen auch in die linksextremistische Szene haben.“

Weiterhin kritisierte er die zunehmende Respektlosigkeit gegenüber Polizisten im Einsatz. Er ertrage dieses „Macho-Verhalten auf den Straßen und in den sozialen Medien nicht mehr“, unterstrich Kopelke. Immer wieder gebe es junge Männer aus sozialen Brennpunkten, die meinten, sie beherrschten die Straße.

Die polizeiliche Einsatztaktik sei vielerorts insgesamt aufgegangen. Jedoch habe es eine sehr hohe Zahl an eingesetzten Polizisten benötigt, damit viele Menschen sicher und fröhlich in das neue Jahr 2025 hätten feiern können, so Kopelke. Er kritisierte, dass Polizeibeschäftigte erneut hochbelastet in ein neues Jahr starten würden. „Wir sind am Limit unserer personellen und rechtlichen Möglichkeiten“. Er forderte von der kommenden Bundesregierung deutliche Investitionen in die Innere Sicherheit.

Auch in einem Interview mit der „tageschau24“ forderte der GdP-Chef Konsequenzen aus den Vorfällen in der Silvesternacht. Feuerwerk sei etwas für den Himmel und nicht für die Straße. Das Problem seien nicht Wunderkerzen oder klassische Silvesterraketen. Seine Bilanz, so tageschau24 in einer Zusammenfassung des Gesprächs, falle gemischt aus: Zwar hätten die Einsatzkon-

## SILVESTER-RÜCKBLENDE

# „Zu viele Tote, zu viele Verletzte, zu viel Polizei eingesetzt“

Nach der äußerst einsatzintensiven Silvesternacht hat GdP-Chef Jochen Kopelke gegenüber Presse und Medien eine zeitnahe Bilanz gezogen. Am Neujahrstag forderte er für die Täter nach Angriffen auf Einsatzkräfte schnelle und spürbare Konsequenzen. Zwar sei die Einsatztaktik der Polizei aufgegangen, dies jedoch zu dem Preis eines massiven Personaleinsatzes. Wenige Tage später haben die GdP Berlin und die Deutsche Umwelthilfe zwei überwältigende Zustimmung widerspiegelnde Böllerverbots-Petitionen mit mehr als 1.961.000 Unterschriften dem Bundesministerium für Inneres übergeben.

Michael Zielasko

zepte der Polizei funktioniert und auch die Böllerverbotzonen in vielen Städten sich bewährt, das Ganze sei jedoch sehr personalintensiv gewesen.

### Überwältigende Zustimmung für ein Böllerverbot

Zur Petitionsübergabe an Staatssekretärin Juliane Seifert vom Bundesministerium für Inneres sagte Berlins GdP-Landeschef Stephan Weh: „Wir haben diese Petition als Berliner GdP ins Leben gerufen, um unsere Kolleginnen und Kollegen vor Gewalt durch Pyrotechnik zu schützen und freuen uns über die große Unterstützung. Für uns ist das Thema mit der Übergabe des aktuellen Standes an das BMI nicht erledigt. Jedes Jahr Anfang Januar wird darüber geredet, viel versprochen, aber nichts gegen diesen Wahnsinn getan. Ehrlich gesagt können wir diese Mitleidsbekundungen aus dem politischen Raum nicht mehr hören, wenn sich an den Rahmenbedingungen nicht endlich etwas ändert. Wenn zwei Millionen Menschen für eine Gesetzesveränderung unterschreiben, kann auch die verantwortliche Politik das nicht mehr einfach wegatmen und zur Tagesordnung übergehen. Deutschland ist bereit für ein Pyrotechnikverbot für den Privatgebrauch und ausschließlich organisier-



GdP-Chef Jochen Kopelke im Interview mit „tagesschau24“.

te Veranstaltungen mit organisiertem Feuerwerk durch Profis wie in Sydney, London oder anderen Orten.“

Nach Angabe der GdP Berlin seien zum Zeitpunkt der Übergabe allein rund 1,4 Millionen Unterschriften über ihre Petition eingegangen. Zum Redaktionsschluss dieser Ausgabe Mitte Januar war die Zwei-Millionen-Marke geknackt worden, Tendenz steigend, ließen die Kollegen verlauten.



Zum tagesschau24-Interview mit GdP-Chef Jochen Kopelke



Mitmachen bei der GdP-Petition zum Böllerverbot

ANZEIGE


PMWelt

14. – 16. Mai 2025 | München

# Transformation jetzt!

Menschen. Projekte. KI.

**Tag 1 | 14. Mai 2025**

Fokustag öffentliche Verwaltung - seien Sie dabei und erleben Sie inspirierende Vorträge und profitieren Sie von praxisnahen Einblicken sowie wertvollen Gelegenheiten zum Netzwerken!

Herausforderungen und Chancen der Digitalisierung

Effizienteres Projektmanagement durch neue Technologien

Praxisorientierte Lösungen für Transformationsprozesse

Jetzt anmelden  
[www.pmwelt.com](http://www.pmwelt.com)



## Innenleben



Marius Hoyer/GdP

ERSTE GdP-BUNDESFRAUENVORSITZENDE VERSTORBEN

## Klara Oelke hat den Grundstein für die erfolgreiche GdP-Frauenarbeit gelegt

Im Alter von 81 Jahren ist am 26. Dezember 2024 die erste Bundesfrauenvorsitzende der Gewerkschaft der Polizei (GdP), Klara Oelke, verstorben. Im Namen der GdP sprachen der Bundesvorsitzende Jochen Kopelke, Sibylle Krause, für die Frauenpolitik zuständiges Mitglied des Geschäfts-führenden GdP-Bundesvorstandes, und die Bundesfrauenvorsitzende Erika Krause-Schöne den Angehörigen der verstorbenen Kollegin ihr tiefes Mitgefühl aus.

### Michael Zielasko

Mit Klara Oelke verbinde die GdP ein sehr wichtiges Stück ihrer Geschichte, betonte Kopelke. Die Hamburger Polizistin habe den Grundstein der bis heute sehr erfolgreichen GdP-Frauenarbeit auf Bundesebene gelegt. Klara habe große Tatkraft an den Tag gelegt und einen bemerkenswerten Beitrag zu dem geleistet, wo gewerkschaftliche Frauenarbeit heute angekommen ist, führte der GdP-Chef aus. „Klara Oelke hat die Geschichte der Frauengruppe der GdP ganz entscheidend geprägt und mit großer Leidenschaft und Kraft fortgeschrieben. Sie als herausragende Gewerkschafterin war die Pionierin für uns Frauen in der Polizei. Klara war und ist für uns ein Vorbild, die sich nicht gescheut hat, unbequeme Themen zu enttabuisieren und laut zu vertreten. Dafür sind wir Klara für immer sehr dankbar“, sagte Krause-Schöne. Die GdP-

Spitzen versicherten, ihr Andenken stets in Ehren zu halten. Oelke bekleidete das Amt der Bundesfrauenvorsitzenden von 1983 bis 1990.

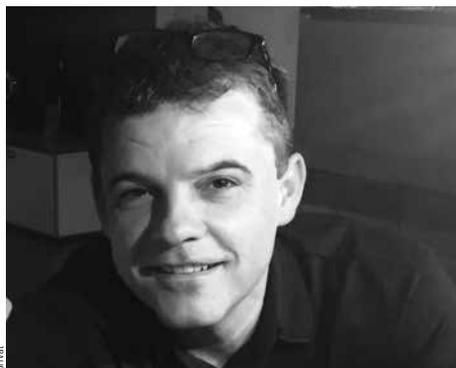
Noch im Oktober 2023 hatte DEUTSCHE POLIZEI Kollegin Oelke anlässlich des 40-jährigen Jubiläums der GdP-Bundesfrauengruppe in ihrer Heimat besucht. Viel Aufhebens wollte sie dabei über ihre Person nicht machen, ein sympathischer Wesenszug.

Zunächst hatte Oelke eine Privathandelschule besucht und die Ausbildung zur Verkäuferin gemacht. Nach kurzer Zeit befolgte sie jedoch den Tipp einer Freundin ihrer Schwester, sich doch bei der Hamburger Polizei zu bewerben. Anfang Oktober 1968 wurde sie Teil der „Weiblichen Schutzpolizei“ (WP) auf Sankt Pauli, war wenig später an der Einführung von Hosen für Polizistinnen beteiligt und entdeckte früh ihre Leidenschaft für die gewerkschaftliche Vertretung von weiblichen Polizeibesetzten.

Als Meilenstein für die weitere GdP-Frauenarbeit gilt sicherlich ihr Plädoyer auf dem 17. GdP-Delegiertenkongress im Oktober 1982 in Nürnberg. Die 10.000 Frauen in der GdP organisierten Frauen seien weder eine Minderheit noch eine Randgruppe, erklärte sie und verdeutlichte: „Diese 10.000 Kolleginnen erwarten von Euch bei der Lösung ihrer vielfältigen Probleme am Arbeitsplatz gewerkschaftliche und somit praktische Solidarität und keine Lippenbekenntnisse.“

Noch auf demselben Kongress beschlossen die Delegierten die Aufnahme des „Bundesfrauenausschusses“ in die Satzung der GdP. In der konstituierenden Sitzung wurde die Gewerkschafterin 1983 zur ersten Bundesfrauenvorsitzenden gewählt. Zu ihren gewerkschaftlichen Erfolgen zählen unter anderem die ersten Richtlinien zur GdP-Frauenarbeit und der erste Frauenförderplan. ■

## Innenleben



EHEMALIGER BUNDESJUGENDVORSITZENDER VERSTORBEN

# Gedenken an Torsten Weiler

Im Alter von 55 Jahren ist am 6. Dezember 2024 Torsten Weiler, ehemaliger Bundesjugendvorsitzender der Gewerkschaft der Polizei (GdP), verstorben. Im Namen der GdP sprachen der Bundesvorsitzende Jochen Kopelke und die Bundesjugendvorsitzende Jennifer Otto den Angehörigen unseres Kollegen ihr tiefes Mitgefühl aus.

### Michael Zielasko

Weiler gehörte seit dem 1. August 1988 der saarländischen Polizei an und trat im darauffolgenden Oktober der GdP bei. Der Gewerkschafter übernahm im Mai 1998 das Amt des Bundesjugendvorsitzenden, als sich die JUNGE GRUPPE (GdP) zu ihrer 10. Bundesjugendkonferenz in Halle an der Saale unter dem Motto „Mit Volldampf ins 21. Jahrhundert“ einfand. Kollege Weiler hatte dort mit seinem frischen, einnehmenden Wesen für Aufbruchstimmung gesorgt. Den Delegierten rief der Saarländer zu: „Unsere gewerkschaftliche Arbeit soll unterscheidbarer von der Mutterorganisation sein. „Wir wollen weiter mit unkonventionellen Mitteln auf uns aufmerksam machen und fürchten uns auch nicht davor, dabei das ein oder andere Mal über das Ziel hinauszuschießen.“ Unter der neuen Führung Weilers forderten die Delegierten die Politik auf, die „vielen Heraus-

forderungen innerhalb der Gesellschaft und der Polizei endlich anzunehmen und jungen Menschen wieder eine Perspektive zu bieten“.

Im Jahr 2000 legte der spätere Polizeihauptkommissar dann sein Amt aus privaten Gründen nieder. Der heutige hessische GdP-Landesvorsitzende Jens Mohrherr übernahm das Zepter bis zur nächsten Bundesjugendkonferenz 2002.

Die GdP wird Torsten Weiler stets ein ehrendes Andenken bewahren. ■

## Innenleben



**Am 7. Januar 2025  
verlor in Lauchhammer #einervonuns,  
Maximilian,  
im Einsatz für uns alle sein Leben.**

# Wir trauern

**Die Gewerkschaft der Polizei**

## Redaktion

**D**ie Gewerkschaft der Polizei (GdP) trauert um ihren sächsischen Kollegen Maximilian Stoppa, der am Vormittag des 7. Januar in Ausübung seines Dienstes im brandenburgischen Lauchhammer im Alter von 32 Jahren tödlich verletzt worden ist. Wir sind tief erschüttert und in Gedanken bei seinen Angehörigen, Liebsten, Freunden und Kollegen.

Bei Einsatzmaßnahmen hatte unser Kollege ein Fahrzeug stoppen wollen. Der Fahrer des Autos hat dann unseren Kollegen mutmaßlich vorsätzlich erfasst. Trotz unverzüglich eingeleiteter Rettungsmaßnahmen ist Maximilian den erlittenen lebensbedrohlichen Verletzungen erlegen. Unser Kollege hinterlässt eine Lebensgefährtin und eine Tochter.

Der dringend Tatverdächtige wurde in Untersuchungshaft genommen. Es ist ein Haftbefehl wegen Mordes ergangen.

Zeitnah wurde ein Spendenkonto eingerichtet.

## Spendenaufruf

### Konto

**Inhaber: Unterstützungsverein der  
Polizei Sachsen**

**DE 09 6609 0800 0007 9272 07**

**Verwendungszweck: Maximilian**



#einervonuns  
www.uvp-sachsen.de





**Gewerkschaft  
der Polizei**

Bundesvorstand

### GdP-Schreiben zu Dienstunfallfürsorge für Beamtinnen und Beamte mit „nichtehelicher Familie“

Unmittelbar nach der furchtbaren Nachricht über den Tod unseres Kollegen Maximilian hat GdP-Bundesvorsitzender Jochen Kopelke Bundesinnenministerin Nancy Faeser in einem Brief gebeten, die sachlich nicht gerechtfertigte Benachteiligung „unverheirateter Familien“ im Versorgungsrecht des Bundes zu beenden. Der GdP-Chef spricht sich dort für eine Gesetzesinitiative zur Änderung der Paragraphen 19, 43 Beamtenversorgungsgesetz (BeamtVG) aus und regt gegenüber der Ministerin an – trotz der anstehenden Bundestagswahlen – „ein klares Zeichen zu setzen, dass die Familien unserer im Dienst getöteten Kolleginnen und Kollegen unfall- und versorgungsrechtlich nicht allein gelassen werden, nur weil keine Ehe bestand“.

Der erschütternde Tod des sächsischen Kollegen hat nach den Worten Kopelkes erneut die Frage der Versorgung der Familien von Polizeibeamtinnen und Polizeibeamten bei sogenannten „qualifizierten Dienstunfällen“ aufgeworfen. Der getötete Kollege habe mit seiner Lebenspartnerin und Tochter als „unverheiratete Familie“ zusammengelebt, mit gemeinsamer Kindererziehung und Betreuung sowie in einer Wirtschaftsgemeinschaft mit gemeinsamem Unterhalt. Dieses Lebensmodell treffe sicherlich auch auf unzählige weitere Beamtinnen und Beamte der Polizeien des Bundes und der Länder zu.

Die GdP, so führt Kopelke aus, kritisiere seit Langem die Benachteiligung sogenannter unverheirateter Familien getöteter Polizistinnen und Polizisten des Bundes und der Länder bei der Gewährung von Versorgung

und Unfallausgleich, insbesondere, wenn es sich um einen Tod infolge eines „qualifizierten Dienstunfalls“ handele. Denn obwohl der gewaltsame Tod des Kollegen die gesamte Familie auch wirtschaftlich ganz erheblich treffe, sei die Lebensgefährtin sowohl von einer Versorgung mit Witwengeld oder Unterhaltsbeitrag (Paragraf 21 Sächs-BeamtVG/Paragraf 19 BeamtVG) als auch von der einmaligen Unfallentschädigung (Paragraf 47 Sächs-BeamtVG/Paragraf 43 BeamtVG) ausgeschlossen.

Der Gesetzgeber habe dem Dienstherrn auferlegt, im Rahmen des Dienst- und Treueverhältnisses für das Wohl der Beamtinnen und Beamten und ihrer Familien zu sorgen (Paragraf 78 Bundesbeamtenengesetz (BBG)). Unter den Begriff der Familie falle indes nicht nur die „verheiratete Familie“; es sei keine Berechtigung erkennbar, den Familien ein unterschiedliches Maß an Fürsorge angedeihen zu lassen, denn das Institut der Familie setze die Ehe nicht voraus.

Nach der Rechtsprechung des Europäischen Gerichtshofes für Menschenrechte (EGMR) beschränke sich der Begriff der „Familie“ in Art. 8 der Europäischen Menschenrechtskonvention (EMRK) nicht auf Beziehungen, die auf einer Ehe beruhen, sondern schließt auch faktische „Familienbande“ ein, wenn die Parteien nicht ehelich zusammenleben.

Kopelke: „Die tatsächliche Lebens- und Erziehungsgemeinschaft von Eltern mit Kindern ist als Familie durch Art. 6 Abs. 1 Grundgesetz (GG) geschützt, unabhängig davon, ob die Eltern verheiratet sind oder nicht. Weil das Familiengrundrecht auf den

Schutz der spezifisch psychologischen und sozialen Funktion familiärer Bindungen zielt, setzt der Grundrechtsschutz den Bestand rechtlicher Verwandtschaft nicht voraus. Der Schutz der Familie nach Art. 6 Abs. 1 GG reicht insofern über das Elternrecht des Art. 6 Abs. 2 Satz 1 GG hinaus, als er auch Familiengemeinschaften im weiteren Sinne einbezieht, die als ‚soziale Familien‘ vom Bestehen rechtlicher Elternschaft unabhängig sind (BVerfG FamRZ 2013, 521, 525).“

Vor diesem Hintergrund sei es weder verständlich noch akzeptabel, dass im Falle der Tötung einer Polizeibeamtin oder eines Polizeibeamten im Dienst die Familienmitglieder in „unverheirateten Familien“ unfall- und versorgungsrechtlich schlechter gestellt würden und Lebenspartnerinnen und -partner, mit denen die verstorbene Beamtin beziehungsweise der verstorbene Beamte zwar in häuslicher Lebens- und Wirtschaftsgemeinschaft und gegenseitiger (gegebenenfalls elterlicher) Sorge als Familie lebte, leer ausgingen, obwohl diese Lebensmodelle in der Besoldung bei der Bemessung des Familienzuschlages (Aufnahme eigener – unehelicher – Kinder in ihre Wohnung oder der Kinder ihres Lebenspartners in ihren Haushalt) berücksichtigt würden.

Kopelke: „Seelisch und wirtschaftlich betroffen vom gewaltsamen Tod einer Beamtin oder eines Beamten ist die ganze (engere) Familie, unabhängig davon, ob die Partner verheiratet waren; der aus den hergebrachten Grundsätzen des Berufsbeamtentums stammende Fürsorgeanspruch gilt auch für die gesamte ‚unverheiratete Familie‘.“

## Innenleben



Mark Katrikh und Katrin Kuhl (v.l.), Mitglied des Geschäftsführenden GdP-Bundesvorstands, im Gespräch im Museum of Tolerance in Los Angeles.

### GEMEINSAMES LERNEN ERMÖGLICHEN

# Bildungsarbeit für die Polizei

In der Septemberausgabe DEUTSCHE POLIZEI 2024 berichteten wir über die Seminarreise einer Delegation der Gewerkschaft der Polizei (GdP) unter Führung des Bundesvorsitzenden Jochen Kopelke in die kalifornische Metropole Los Angeles auf Einladung des Simon Wiesenthal Centers (SWC). Am Rande des Seminars fanden weitere Aktivitäten statt. So tauschten sich Katrin Kuhl, im Geschäftsführenden Bundesvorstand für die gewerkschaftspolitische Bildungsarbeit verantwortlich, und der stellvertretende Direktor des „Museum of Tolerance“ (SWC), Mark Katrikh, über die Bildungsarbeit in der Polizei aus.

Lydia Häber und Daniel Schuster

**Katrin Kuhl:** Lieber Mark, wie beschreibst Du als Leiter des Museum of Tolerance die Vision des Museums?

**Mark Katrikh:** Das Museum of Tolerance ist kein typisches Museum. Unser Ansatz besteht immer darin, die Geschichte zu betrachten und sie als Ausgangspunkt für Gespräche über unsere heutige Welt zu nutzen, also die Vergangenheit zu betrachten, um die Gegenwart besser zu verstehen. Ich bin seit 24 Jahren im Museum tätig und habe in verschiedenen Funktionen gearbeitet. Ungefähr zehn davon war ich für die Schulungsprogramme für Strafverfolgungsbehörden und Justiz verantwortlich.

**Kuhl:** Welche Bildungsprogramme bietet ihr denn speziell für die Polizei an, und was sind deren Ziele?

**Katrikh:** Derzeit sind es zwölf verschiedene Programme. Diese haben das Ziel, das Vertrauen in die Gesellschaft aufzubauen. Außerdem arbeite ich viel im Bereich der Führungskräfteentwicklung. Wir bieten zum Beispiel Kurse zu Gesetzen im Zusammenhang mit Hassverbrechen in Kalifornien an

und wie sie sich auf die Arbeit der Polizei und die Gesellschaft auswirken. Wir haben auch Kurse zu Racial Profiling und kultureller Vielfalt, ein Bereich, in dem wir ursprünglich begonnen haben, um das Verständnis für verschiedene Kulturen zu fördern.

**Kuhl:** Seit wann bietet das Museum of Tolerance denn Schulungen für die Polizei an und wie ist es dazu gekommen?

**Katrikh:** Das ist tatsächlich eine interessante Geschichte, denn wir sind ein Museum und keine Polizeibehörde. Wir sind eine Community-basierte Organisation. Zum einen nutzen wir das Museum immer als Ausgangspunkt für Gespräche. Es gab früher bereits einige Pilotprojekte und Schulungen, die wir durchgeführt haben. 1999 haben wir dann intensiv die Zusammenarbeit mit der Polizei begonnen. Das war vor allem bedingt durch aktuelles Geschehen, welches



Wir brauchen mehr Räume zum Austausch und für gemeinsames Lernen in der Polizei.

Katrin Kuhl

wir im Staat, im Land und in der Welt beobachtet haben. Im Fokus stand die Partnerschaft mit örtlichen Polizeibehörden. Einige Polizeidienststellen rund um das Museum kamen zu uns und sagten: ‚Die Gespräche, die Sie hier führen, sind genau die Gespräche, die wir mit Beamtinnen und Beamten führen möchten. Können sie ein Programm schaffen, zu dem wir kommen und das Museum of Tolerance als einen Raum für Gespräche nutzen dürfen?‘ Das hat bei uns großen Anklang gefunden. Im Laufe der Zeit haben wir neue Kurse konzipiert, basierend auf den wachsenden Bedürfnissen und Interessen von Behörden und Kolleginnen und Kollegen.



Wir betrachten die Vergangenheit, um die Gegenwart besser zu verstehen.

Mark Katrikh

**Deiner Sicht bei der Entwicklung dieser Räume und von Programmen an?**

**Katrikh:** Wir hören sehr viel zu und hören auf das, was uns die Kolleginnen und Kollegen der Polizei sagen. Wir beobachten, was in der Welt passiert und organisieren dann Gespräche, die das Lernen unterstützen.

**Kuhl:** Was sind Deiner Meinung dabei die dringendsten Herausforderungen der Polizei heutzutage?

**Katrikh:** Worüber wir häufig sprechen, ist die Unterstützung bei schwierigen Gesprächen. Es gibt viele Spannungen in der Welt, unterschiedliche Perspektiven und Meinungen. Oft wissen Menschen nicht, wie sie bestimmte Gespräche beginnen sollen oder sich respektvoll darauf einlassen können. In vielerlei Hinsicht sprechen wir darüber, wie wir den zivilen Diskurs wieder in die Gespräche bringen können.

**Kuhl:** Vielen Dank für Deine Zeit, Mark. Ich freue mich auf unseren künftigen Austausch zur Bildungsarbeit in der Polizei.



Zum Video des Gesprächs

ANZEIGE



**Rückblick auf die Enforce Tac 2024**

Schöffel Tec zieht nach der Enforce Tac 2024 in Nürnberg eine positive Bilanz: Die hochwertige Kollektion für Polizei, Ordnungsbehörden und Spezialeinheiten fand großen Anklang.

Sie überzeugt durch innovative Materialien wie GORE-TEX®, Primaloft, Pyroshell und Nomex®. Taktische Uniformen bieten max. Bewegungsfreiheit, Flammhemmung und Antistatik. Ein Highlight: die Sommerhose für die Polizei in Bayern aus hochelastischem, kühlendem Stretchmaterial.

Die Kollektion ist über die Haupthändler von Schöffel erhältlich. Schöffel lädt zur Enforce Tac 2025 ein: Vom 24.02. bis 26.02. präsentiert das Unternehmen neue Produkte mit Fokus auf Nässechutz und Riot Police.

Entwickelt für die Berge, gemacht für den Einsatz





GdP/Kay Heschelmann

## TARIFRUNDE

# Eure Hilfe benötigen wir an jeder Stelle

**Christian Ehringfeld, stellvertretender GdP-Bundesvorsitzender (Tarif)**

Liebe Kolleginnen und Kollegen,

wenn ihr diese DP in der Hand haltet oder auf Eurem smarten Endgerät digital lest, haben wir die erste Runde der Tarifverhandlungen für die Kolleginnen und Kollegen des öffentlichen Dienstes in Bund und Kommunen bereits bestritten. Wir haben den Arbeitgebern vor Ort dann deutlich gemacht, dass wir unsere Forderungen durchsetzen wollen.

Ohne heute – zum Zeitpunkt des Redaktionsschlusses Mitte Januar – die berühmte Glaskugel allzu sehr zu bemühen, können wir mit hoher Wahrscheinlichkeit damit rechnen, dass die erste Runde eher Tren-

nendes als Gemeinsames zutage gefördert haben wird. Schließlich signalisierten vornehmlich die kommunalen Arbeitgeber bereits klar, dass sie sich mit einem erheblichen Finanzierungsminus belastet sehen und Geld vom Bund und/oder den Ländern benötigen.

Kurz und knapp bedeutet dies: Diese TVöD-Runde erfordert unsere ganze Aufmerksamkeit, großes Engagement und stabiles Unterhaken. Auch, weil wir schon jetzt wissen, dass das TVöD-Ergebnis unmittelbar auf die noch Ende dieses Jahres startende Tarifrunde für die Beschäftigten der Länder ausstrahlen wird.

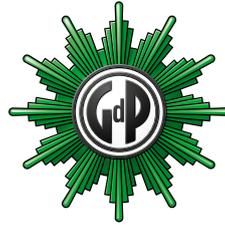
Umso wichtiger ist es, dass wir als GdP mit über 210.000 Mitgliedern mächtig und entschlossen auftreten!

Eure Hilfe benötigen wir dazu an jeder Stelle und so wie jede und jeder es leisten

kann. Auch die Beamtinnen und Beamten sowie die Versorgungsempfängerinnen und -empfänger können während der Verhandlungen auf Demonstrationen in ihrer Freizeit Flagge zeigen.

Wir werden die künftige Bundesregierung nicht aus ihrer Verantwortung lassen, den Tarifabschluss auf den Beamten- und Versorgungsbereich zu übertragen.

Tarifverhandlungen sind Mitbestimmung pur. Was dort also am Ende steht, betrifft jede und jeden Beschäftigten in der Polizei. Es betrifft Euch. ■



# **LÖHNERAUF** **BELASTUNG** **RUNTER**

## ***WIR FORDERN***

***Mehr Geld***  
***Mehr Entlastung***  
***Mehr Erholung***

Tarifrunde TVöD 2025

[www.gdp.de/tarifrunde2025](http://www.gdp.de/tarifrunde2025)

Werde Mitglied der  
Gewerkschaft  
der Polizei





### FACHKRÄFTEMANGEL IN DER POLIZEI

# Für einen attraktiven öffentlichen Dienst

Der Fachkräftemangel ist natürlich nicht nur ein Problem innerhalb der Polizei. Überall, wo gearbeitet wird, werden Menschen für die jeweiligen zu verrichtenden Tätigkeiten benötigt. Laut Wikipedia lebten am 31. Dezember 2022 insgesamt 84.358.845 Menschen in der Bundesrepublik Deutschland, von einem Menschenmangel kann also nicht die Rede sein. Also, wo sind diese? Was tun sie? Und warum wollen diese Personen nicht in der Polizei arbeiten?

**Alexander Bobzin**

**E**ntscheidend ist erst einmal, dass Deutschland zu den lebensältesten Gesellschaften der Welt gehört. 18,4 Prozent der Einwohner sind unter 20 Jahre und 28,5 Prozent über 60 Jahre alt. Das sind 46,9 Prozent der Bevölkerung in der BRD und somit fast die Hälfte aller hier lebenden Menschen. Hinzu kommen rund 1,79 Millionen Personen, die aufgrund von Erkrankungen eine Erwerbsunfähigkeitsrente beziehen.

Und die anderen? Diese teilen sich auf dem Arbeitsmarkt auf. Und da beginnt der Kampf der Arbeitgeber um qualifiziertes Personal.

Ein Blick in die Zukunft zeigt jedoch, dass der Arbeitsmarkt nicht mehr bis zum Rand voll mit qualifiziertem Personal ist. Bis zum Jahr 2035 werden zigtausend Beschäftigte und Verbeamtete in Rente oder Pension gehen. Während immer mehr junge Leute sich für eine Ausbildung oder ein Studium im IT-Bereich entscheiden – was im Digitalisierungszeitalter natürlich von enormer Bedeutung ist, schrumpft das Interesse an einer Ausbildung in den Handwerksberufen.

Gerade im Polizeibereich ist die logistische Einsatzfähigkeit der Bundespolizei und der jeweiligen Landespolizei wichtig. Man stelle sich vor, ein Einsatzwagen fährt nicht, weil die Batterie defekt ist. Geschwindigkeitsverstöße können nicht geahndet werden, da das Lasermessgerät nicht funktioniert. Blitzerfotos können nicht ausgewertet werden, weil niemand diese auswertet. Neue Polizistinnen und Polizisten können nicht eingestellt werden, da die Tauglichkeitsuntersuchung fehlt. Kuriertätigkeiten und Personenbeförderungen fallen aus, da niemand mehr da ist, der das übernimmt.

Eine Polizei ohne Autos und Technik und vor allem ohne „Tarifbeschäftigte“ ist unmöglich.

Aber woher sollen wir qualifiziertes Personal gewinnen? Altkanzler Helmut Schmidt sagte einst in einem Interview auf die Aussage, die Wirtschaft benötige Fachkräfte: „...dann sollen sie sie gefälligst ausbilden...es wird die Zeit kommen, dass man innerhalb seines Berufslebens nicht nur einen Beruf, sondern mindestens zwei oder drei verschiedene Berufe ausübt...“. Die Aussage des Altkanzlers beinhaltet also, dass vorhandenes Potenzial genutzt werden soll, Menschen zu motivieren, sich weiterzubilden, um sich zusätzliches Wissen anzueignen.

**P**olizei

**S**tudium

**P**raxis

# Schriftenreihe

Eliane Etmüller, Isabel Lang

## Islamismus

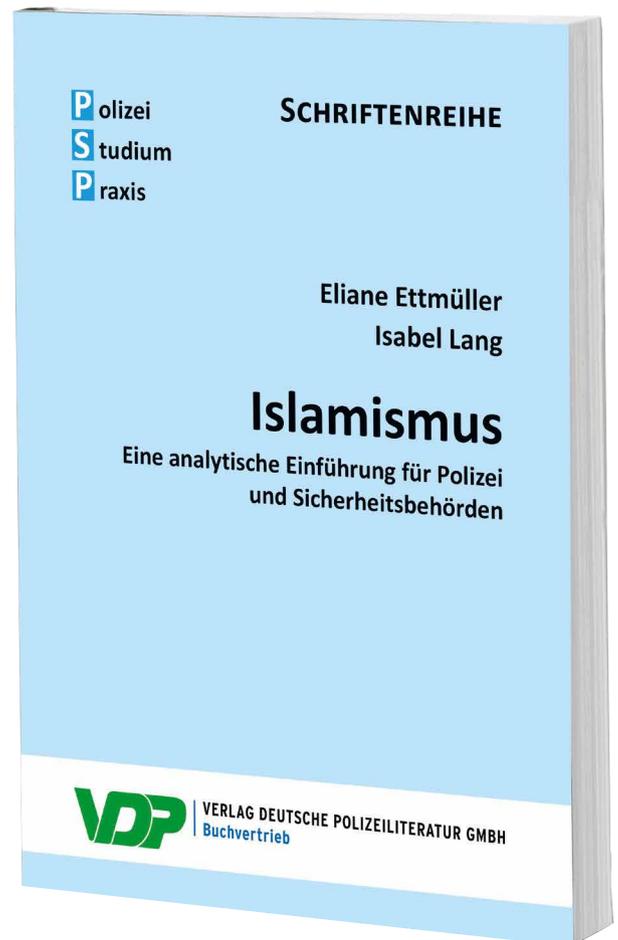
Eine analytische Einführung für Polizei und Sicherheitsbehörden

1. Auflage 2024

**Umfang:** 186 Seiten / **Format:** 13 x 19 cm Broschur

**Preis:** 22,00 € [D] / **ISBN:** 978-3-8011-0932-5

Dieses Buch bietet einen umfassenden Einblick in den Islamismus, angefangen bei der Definition bis hin zu aktuellen Herausforderungen für Sicherheitsbehörden. Es klärt über die Unterschiede zwischen Islam und Islamismus auf und beleuchtet dessen ideologische Vielfalt. Wesentliche Merkmale des Islamismus werden detailliert dargestellt. Die Autorinnen gehen zudem auf äußerliche Merkmale ein, die zur Stärkung der islamistischen Gruppenidentität beitragen, und analysieren Gründe für eine Radikalisierung von hauptsächlich jungen Menschen. Sie bieten einen historischen Überblick über den zeitgenössischen Islamismus und dessen Strömungen in Deutschland. Besonderes Augenmerk legen sie auf den Dschihadismus. Drängende aktuelle Phänomene, wie die Online-Aktivitäten von Islamisten und die Rückkehr von IS-Anhängern, werden thematisiert. Das Buch schließt mit Gegenmaßnahmen, Präventionsprogrammen und Handlungsempfehlungen, um die Bedrohung durch den Islamismus effektiv zu bekämpfen.



### DIE AUTORINNEN

*Dr. Eliane Etmüller ist Islam- und Politikwissenschaftlerin an der Hessischen Hochschule für öffentliches Management und Sicherheit. Sie berät seit 2018 die hessische Polizei.*

*Dr. Isabel Lang ist Islamwissenschaftlerin. Sie war von 2019 bis April 2023 für die hessische Polizei tätig.*



**VERLAG DEUTSCHE POLIZEILITERATUR GMBH**  
**Buchvertrieb**

Forststraße 3a · 40721 Hilden · Telefon 0211 7104-212 · Telefax 0211 7104-270  
service@vdpolizei.de · www.vdpolizei.de

Weitere Informationen, Leseproben und Bestellmöglichkeit unter: [www.vdpolizei.de](http://www.vdpolizei.de)



## öD nicht in der Pole Position

Leider ist der öffentliche Dienst (öD) beim Thema Fachkräftegewinnung und -bindung nicht in der „Pole Position“. Die Aussage, dass der öD immer gut zahlt, stimmt vielleicht vor 20 Jahren. Während die freie Wirtschaft lockt – nicht immer mit üppigen Gehältern, aber sie lässt den Mitarbeitenden mehr Freiräume bei Arbeitszeiten, zahlt höhere Zulagen oder Prämien und ist sozialer eingestellt.

Durch die geringere Geburtenzahl in der Bundesrepublik Deutschland, wird der „Kampf“ mit der freien Wirtschaft um die Fachkräfte immer schwieriger und belastet das Bestandspersonal, das die Arbeit des fehlenden Personals auffangen muss.

Es ist jetzt schon an der Zeit zu handeln, um den demografischen Wandel aufzuhalten und den öffentlichen Dienst attraktiv zu machen. ■

Geregelt ist die Qualifizierung von Tarifbeschäftigten im Paragraf 5 des TV-L. Sie wird von beiden Vertragspartnern als Teil der Personalentwicklung gesehen. Dieser Paragraf sieht allerdings nicht das Recht auf Qualifizierung vor, sondern bildet den Rahmen oder ein Angebot zur Schaffung einer Dienstvereinbarung innerhalb der personalvertretungsrechtlichen Möglichkeiten.

In vielen Behörden von Bund, VKA und Ländern gibt es bereits Dienstvereinbarungen zur Qualifizierung von Tarifbeschäftigten. Allerdings ist es häufig der Fall, dass Qualifizierungen und Weiterbildungen aus Kostengründen abgelehnt werden. Man könne sich privat weiterbilden, eine Abendschule besuchen oder die Dienststelle sehe keinen Bedarf. Personalentwicklung sieht anders aus, oder? Ein Sondervermögen für die Aus- und Fortbildung von Tarifbeschäftigten sollte unsere Forderung sein.

Potenzialanalysen von Mitarbeitenden können künftige „Wegweiser“ für Aufstiegsmöglichkeiten von Tarifbeschäftigten sein

und auch die Mitarbeitermotivation fördern. Regelmäßig stattfindende Entwicklungsgespräche mit Kolleginnen und Kollegen können die gegenseitigen Erwartungen von Arbeitgeberseite und Arbeitnehmerseite aufzeigen.

Auch das Schaffen von Anreizen (etwa verschiedene Zulagen) durch die Arbeitgeberseite, würde die Mitarbeiter motivieren, mehr Verantwortung zu übernehmen. Das sollte natürlich von Tag eins der Übertragung geschehen und nicht erst Monate später.

Zeitgemäße und flexible Arbeitszeiten sind den Mitarbeitenden heute wichtig. Der moderne Arbeitnehmer möchte seine Zeit frei einteilen können. Alles natürlich im dienstlichen Interesse. Seine zu leistende Arbeitszeit pro Tag von acht Stunden so aufteilen, dass genug Zeit für Familie, Sport und Hobby bleibt. Pilotprojekte dieser Art zeigten in der freien Wirtschaft viele Erfolge: eine Erhöhung der Produktivität, Einsatzbereitschaft sowie eine Absenkung der Ausfallzeiten durch Krankheit.

### DP-Autor Alexander Bobzin

ist seit August 2012 Tarifbeschäftigter als Gerätetechniker im Landesamt für zentrale Aufgaben und Technik der Polizei, Brand- und Katastrophenschutz Mecklenburg-Vorpommern. Seit Februar 2023 amtiert er als Vorsitzender des örtlichen Personalrats. Bobzin ist Mitglied der Bundestarifkommission, Vertrauensperson und Tarifbotschafter in der Kreisgruppe LPBK/LBPA der GdP M-V.

# ZUGRIFF IN SEKUNDEN

**DP**  
**DIGITAL**

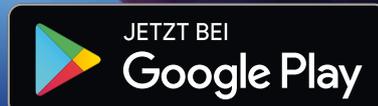
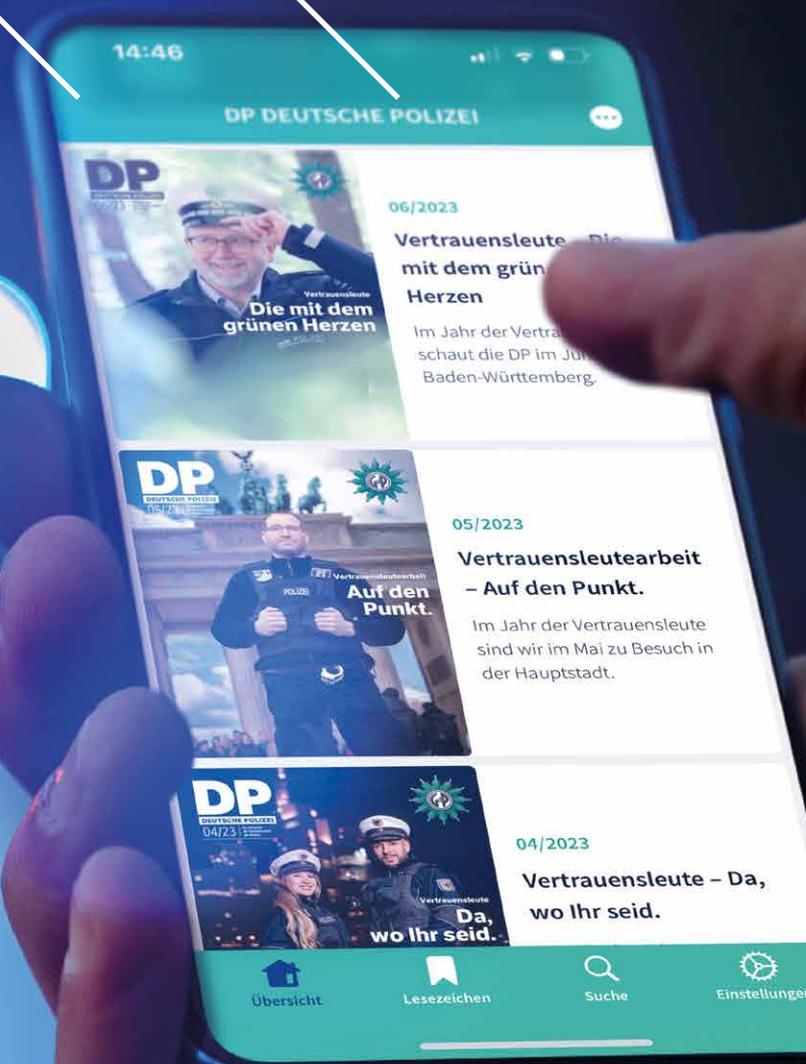
**POLIZEI**  
**PRAXIS**

**DIE**  
**KRIMINALPOLIZEI**  
Zeitschrift der Gewerkschaft der Polizei • Ausgabe 2/2017

## Dein Landesbezirk Deine Themen

Alle Themen rund um Polizei und Ausrüstung aus DP DEUTSCHE POLIZEI, POLIZEIPRAXIS und DIE KRIMINALPOLIZEI hast du mit der DP-App jederzeit in der Hand.

Neben dem Bundesteil der DP findest du hier natürlich auch alle Landesteile.

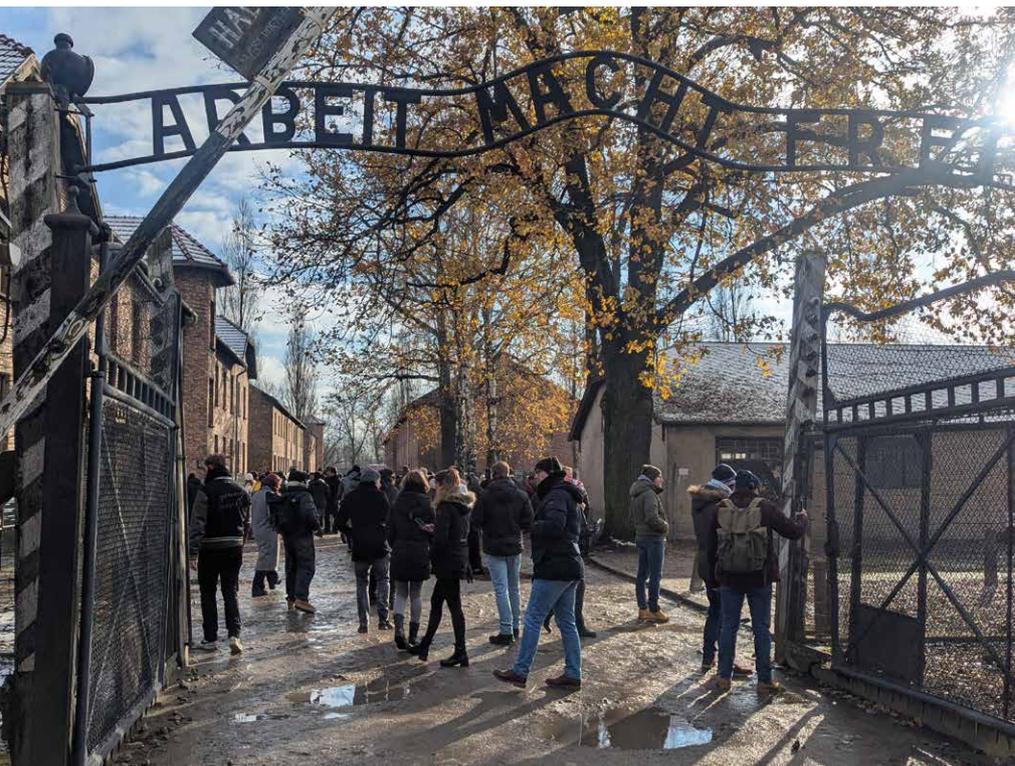


VERFOLGUNG. VERTREIBUNG. VERNICHTUNG.

# An Orten des NS-Terrors

Mitte November 2024 besuchten 26 Teilnehmende eine von der JUNGEN GRUPPE (GdP) organisierte Gedenkstättenfahrt mit Stationen in Berlin und Krakau. Einen der thematischen Schwerpunkte bildete die Rolle der Polizei im NS-Staat. Drei Erfahrungsberichte zeugen von den nachdrücklichen Erlebnissen der jungen Gewerkschafterinnen und Gewerkschafter.

**Christian Plaep, Samira Köhler, Phillip Czirr, Patrice Thurow**



... im Konzentrationslager Auschwitz.

**Samira Köhler (Bezirk Bundeskriminalamt) schildert das Einführungsseminar sowie den Besuch der Topographie des Terrors mit der Dauerausstellung: Geheime Staatspolizei (Gestapo), Schutzstaffel (SS) und Reichssicherheitshauptamt in Berlin:**

Am Montagnachmittag beginnt das Seminar „Verfolgung, Vertreibung und Vernichtung – die Rolle der Polizei im NS-Staat“ mit einem aufschlussreichen Vortrag von Michael Schmelkus, einem Experten der Forschungsstelle für Polizei- und Demokratie-

geschichte an der Polizeiakademie Niedersachsen. Er beleuchtet die komplexe Rolle der Polizei im Nationalsozialismus. Schmelkus vermittelt den Teilnehmenden einen umfassenden Überblick über die entscheidenden historischen Ereignisse und die Verantwortung, die die Polizei in dieser dunklen Zeit trug.

Der Vortrag bietet nicht nur eine gründliche Analyse der Polizeigeschichte, sondern regt auch zur kritischen Auseinandersetzung mit moralischen und ethischen Fragen an, die sich aus den Taten der Polizei im NS-Staat ergeben. Die Teilnehmenden fühlen sich eingeladen, über die Auswirkungen dieser Geschichte auf die heutige Gesellschaft nachzudenken.

Am Folgetag besucht die Gruppe die Ausstellung „Topographie des Terrors“ in Berlin. Diese beeindruckende Ausstellung widmet sich den zentralen Institutionen von SS und Polizei im „Dritten Reich“ sowie den europaweit verübten Verbrechen. Historische Fotografien und Dokumente veranschaulichen die Gräueltaten und die Mechanismen der Unterdrückung. Die Historiker Dr. Gabriel Eikenberg und Jan Hartmann führen die Teilnehmenden durch die Ausstellung und erklären die Zusammenhänge und Hintergründe der gezeigten Exponate.

Dann geht es per Reisebus ins polnische Krakau.

**Christian Plaep (Landesbezirk Nordrhein-Westfalen) über das jüdische Leben in Krakau und Oskar Schindlers Fabrik:**

Es ist Mittwoch, der dritte Tag unserer gemeinsamen Bildungsreise. Wir starten frühmorgens unseren Fußmarsch entlang der Wawelburg durch die Altstadt, in Richtung Kazimierz, dem jüdischen Viertel in Krakau, und treffen im Galicia Museum auf Margarete, unsere Gästeführerin.

Margarete ist gebürtige Krakauerin und studierte Germanistik und Judaistik an der dortigen Universität. Sie ist lizenzierte Stadtführerin und begleitet uns durch das Museum mit viel Wissenswertem über das jüdische Leben in Kazimierz.

Später führt sie uns ins Zentrum. Wir laufen an einer Polizeiwache vorbei, durch die Gassen des jüdischen Viertels und erleben begeistert das kulturelle Zusammenle-

# Viele Ideen!



## Finde Deine zum Vorteilspreis!



**GdP-Plus  
Partner**

Nutze für Dich und Deine Familie  
die Rabatte der GdP-Plus Partner!



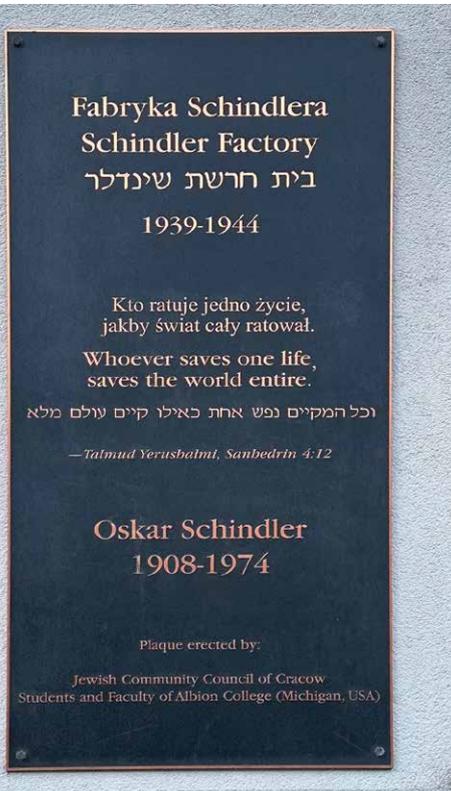
Einfach einloggen und shoppen:



Hier zum Easy-Login!



Hinweis: Euer Ansprech- und Vertragspartner ist das jeweilige Unternehmen! Weitere Infos: [www.GdP.de](http://www.GdP.de)



ben der jüdischen Gemeinschaft. Am frühen Nachmittag erreichen wir das ehemalige „jüdische Ghetto“. Auf dem Marktplatz erinnert ein Kunstwerk an die furchtbaren Taten während des Zweiten Weltkrieges. Wir besuchen die ehemalige Emailienwarenfabrik von Oskar Schindler und erhalten weitere Einblicke aus dem jüdischen Leben während der heldenhaften Rettungsaktion Schindlers. Schließlich kommen wir in den Ausgangsbereich und erinnern uns an die Verbrechen der Nationalsozialisten.

„Ihr seht, es ist wichtig, sich mit dem Thema auseinanderzusetzen – schön, dass Ihr hier seid und Euch mit diesem schwierigen Thema beschäftigt“, sagt Margarete und dankt als sie sich von uns verabschiedet und sich auf ein Wiedersehen am nächsten Tag freut.

**Phillip Czirr (Landesbezirk Sachsen) beschreibt den Tag 4 in der Gedenkstätte Auschwitz-Birkenau:**

Hier sind wir, im ehemaligen Konzentrationslager Auschwitz und Birkenau.

Nachdem die Teilnehmenden schweigend durch eine Unterführung geführt wurden, in der aus den Lautsprechern die Namen der Ermordeten widerhallen, stehen sie vor dem Eingang des Konzentrationslagers mit der Toraufschrift: „ARBEIT MACHT FREI“.

Schon die ersten Worte des Tourguides stimmen die Anwesenden auf einen emotional sehr anstrengenden Tag ein. Allein der Anblick dieses Eingangstores und der dahinter befindlichen Gebäude, umringt von Stacheldrahtzaun und Wachtürmen, macht bewusst: Diese Gedenkstätte ist ein Ort, an dem unfassbar großes Leid geschah, unfassbar viele Menschen gewaltsam getötet wurden, unfassbare Grausamkeiten vollzogen wurden. Und das alles im Namen einer Ideologie, die auf staatlich propagierten Antisemitismus und der entsprechenden rassistischen Gesetzgebung beruhte.

Der Besuch dürfte allen Teilnehmenden nachhaltig im Kopf geblieben sein. Ob das Lagerleben, die Unterbringung oder die Hygiene im Lager, alles wurde den Besuchern durch die sehr aufwühlenden Ausstellungen nähergebracht.

Dann der Besuch des Lagers Auschwitz-Birkenau. Die pure Dimension des Ortes, der mehr als doppelt so groß ist wie das Stammlager Auschwitz I, spricht schmerzhaft Bände über den Zerstörungswillen der Nazis. Nach insgesamt sechs Stunden Führung über die blutigen Pfade beider Lager endet der letzte Tag der Reise.



... in der Ausstellung.



... im Seminar.

Die Gedenkstättenfahrt nach Berlin und Auschwitz-Birkenau war eine tiefgreifende Erfahrung, die alle Teilnehmenden sehr berührt hat. Die Geschichten der Menschen, die hier unermessliches Leid erfuhren, haben zum Nachdenken angeregt und die Verantwortung für die Zukunft verdeutlicht. Der Austausch untereinander hat gezeigt, wie wichtig es ist, aus der Geschichte zu lernen.

Die JUNGE GRUPPE (GdP) ist entschlossen, für eine Welt einzutreten, in der Respekt und Menschlichkeit an erster Stelle stehen. Die Bildungsreise als Gedenkstättenfahrt wird in diesem Format auch in diesem



Die GdP-Teilnehmendengruppe.

## Innenleben



Der Geehrte, Uwe Koßel, mit Hamburgs GdP-Chef Horst Niens (l.) und dem GdP-Bundesvorsitzenden Jochen Kopelke.

### EHRUNG FÜR UWE KOSSEL

## Ehemaliger Hamburger GdP-Landeschef ausgezeichnet

Marco Feldmann/Redaktion

Ende November glühte auf der traditionellen „Sternenparty“ der Hamburger Gewerkschaft der Polizei (GdP) das Tanzparquet. Rund 250 Gäste, darunter hochkarätige Gäste wie Innenminister Andy Grote, Polizeipräsident Falk Schnabel und Ham-

burgs Verfassungsschutz-Chef Torsten Voß, verbrachten einen schwungvoll-harmonischen Abend. Eine besondere Würdigung erfuhr der Organisator des eleganten Balles, Uwe Koßel. GdP-Bundesvorsitzender Jochen Kopelke ehrte den früheren Hamburger GdP-Landeschef für dessen langjähriges

Engagement. Koßel organisiert bereits seit 45 Jahren das bei jungen Zuschauern äußerst beliebte Weihnachtsmärchen der Hansestadt-GdP. Und das sogar bereits, als er noch im aktiven Polizeidienst stand. Zudem ist Koßel Gründer der „Sternenparty“ und brachte sich jahrelang im Hamburger Polizeisozialwerk ein.

Kopelke betonte in seiner Rede, dass, wenn Uwe Koßel etwas angepackt hatte, dies auch immer funktioniert habe. Gleiches gelte für dessen Zeit bei der Polizei und auch als GdP-Landeschef zwischen 2009 und 2012. Vielen Dank, Uwe! ■

## Innenleben



NEUE WEGE FÜR DIE POLIZEILICHE ZUSAMMENARBEIT

# Grenzen überwinden

Kriminalität macht nicht an Grenzen halt – die Befugnisse unserer Strafverfolgungsbehörden hingegen oft schon. Während kriminelle Organisationen problemlos international agieren, stehen unsere Sicherheitskräfte vor bürokratischen Hürden und unzureichenden Ressourcen.

Karina Jakubowski

**D**ies hat auch das Bundesjustizministerium erkannt und einen Entwurf zur Neuregelung des Rechts der Internationalen Rechtshilfe in Strafsachen veröffentlicht, zu dem sich die GdP in einer Stellungnahme geäußert hat. Wesentliche Inhalte dieses Entwurfs sind die Harmonisierung von Standards für den grenzüberschreitenden Datenaustausch, die Schaffung allgemeiner Vorschriften für polizeiliche Rechtshilfe im vertragslosen Verkehr mit Drittstaaten und die Regelung zur Ausstellung Europäischer Haftbefehle. Damit sollen zentrale Hürden bei der internationalen Zusammenarbeit abgebaut und die rechtliche Grundlage für einen schnellen, effizienten Austausch zwischen Sicherheitsbehörden geschaffen werden.

Ein wesentlicher Aspekt für die Effektivität der grenzüberschreitenden Strafverfolgung ist der Austausch von Daten zwischen Sicherheitsbehörden. Aktuell wird dieser Austausch häufig durch strenge Datenschutzregelungen erschwert, während kriminelle Organisationen ungehindert auf umfangreiche Ressourcen zurückgreifen können. Der Schutz sensibler Daten darf nicht zu einem Hindernis für die Strafverfolgung werden. Effiziente digitale Infrastrukturen und klare rechtliche Grundlagen sind unabdingbar, um die Zusammenarbeit zu beschleunigen und Ressourcen effektiv zu nutzen.

Mit den vorgeschlagenen Regelungen werden auch die Polizeibehörden besser aufgestellt. So schafft der Entwurf erstmals

allgemeine Vorschriften für die polizeiliche Rechtshilfe im vertragslosen Verkehr mit Drittstaaten. Gleichzeitig steigt der Arbeitsaufwand: Fahndungen, Identitätsfeststellungen und die Vollstreckung Europäischer Haftbefehle erfordern mehr Personal und modernere Ausstattung. Die Vereinheitlichung von Standards im europäischen Straf- und Strafverfahrensrecht bleibt eine zentrale Herausforderung. Der Grundsatz der gegenseitigen Anerkennung nationaler Entscheidungen bildet das Fundament der europäischen Sicherheitsstrategie. Einheitliche Mindeststandards sind unverzichtbar, um eine zuverlässige Umsetzung von Fahndungsmaßnahmen und Haftbefehlen in allen Mitgliedstaaten zu gewährleisten.

## Verpasste Chance in einer kritischen Zeit

Bedauerlicherweise wird diese dringend notwendige Reform in der laufenden Legislaturperiode wohl nicht mehr verabschiedet. Dies ist besonders misslich angesichts der Dynamik der Kriminalitätsentwicklung, die von Cyberkriminalität über Menschenhandel bis hin zu organisiertem Verbrechen reicht. Jede Verzögerung verschärft die bestehende Schieflage und hemmt die Strafverfolgungsbehörden in ihrem Kampf gegen diese Bedrohungen.

Der Kampf gegen grenzüberschreitende Kriminalität kann nur durch eine enge, vertrauensvolle Zusammenarbeit gelingen. Die GdP setzt sich dafür ein, dass Polizei- und Justizbehörden die Werkzeuge erhalten, die sie benötigen, um ihre Arbeit effizient und rechtsstaatlich auszuführen. Nur so kann die Sicherheit der Bürgerinnen und Bürger nachhaltig gewährleistet und Kriminalität auf allen Ebenen entschlossen entgegnet werden. ■

DP-Autorin  
Karina Jakubowski

ist Volljuristin und Referentin in der Bundesgeschäftsstelle der Gewerkschaft der Polizei (GdP) Bundesvorstand.

## Innenleben

ERFAHRUNGSBERICHT AUS BUDAPEST

# Vielfalt und Zusammenarbeit bei CEPOL

Seit einigen Monaten bin ich nun bei der Europäischen Agentur für die Aus- und Fortbildung im Bereich der Strafverfolgung (CEPOL) in Budapest abgeordnet. Die Mitarbeitenden kommen aus verschiedenen Ländern der Europäischen Union, aber ein Punkt, den ich gleich zu Beginn betonen möchte, ist: Die deutsche Polizei genießt sowohl in der EU als auch international einen hervorragenden Ruf, was auch in meiner täglichen Arbeit immer wieder deutlich wird.

Tim Juraske



Tim Juraske (Mitte), zusammen mit Kolleginnen und Kollegen von CEPOL.

## Vielfalt in der Arbeit – Dynamische Herausforderungen und neue Perspektiven

Ich leite zwei internationale Arbeitsgruppen, die zu den zentralen Prioritäten der EU-Kommission gehören. Eine dieser Gruppen beschäftigt sich mit dem Thema „Nexus Terrorism - Organised Crime“, also mit den Schnittstellen zwischen zwei der drängendsten Bedrohungen für Europa. Ziel dieser Gruppe ist es, Best Practices auszutauschen und gemeinsam Strategien zu entwickeln, um dieser wachsenden Bedrohung

auf europäischer Ebene entgegenzutreten. In meiner zweiten Arbeitsgruppe „Critical Infrastructure, Hybrid Threats, Weapons and Explosives“ geht es um den Schutz kritischer Infrastrukturen und den Umgang mit hybriden Bedrohungen. Hier arbeiten wir daran, die länder- und staatenübergreifende Zusammenarbeit der Sicherheitsbehörden zu stärken, um Schwachstellen in der Infrastruktur zu identifizieren und zu beseitigen. Dabei kooperiere ich eng mit der EU-Kommission, verschiedenen Sicherheitsinstitutionen der EU und Agenturen wie Europol und Frontex. Insgesamt arbeite ich mit einer Vielzahl von Staaten zusammen, sowohl EU- als auch Nicht-EU-Staaten.

**Die Vielfalt der Expertise, Erfahrungen, Perspektiven – und Menschen (!) – sind ein bedeutender Mehrwert für die internationale Zusammenarbeit.**

Die Vielfalt der Mitarbeitenden bei CEPOL, die aus vielen verschiedenen Ländern und kulturellen Hintergründen kommen, ist unsere Stärke. Der Austausch über nationale Grenzen hinweg bereichert nicht nur unsere tägliche Arbeit, sondern fördert auch ein



besseres Verständnis für die unterschiedlichen Herausforderungen, denen wir in Europa und global gegenüberstehen. Es wird deutlich, dass der respektvolle Umgang mit Unterschiedlichkeit – sei es kulturell, fachlich oder in Bezug auf individuelle Perspektiven – ein wesentlicher Bestandteil des Erfolges unserer gemeinsamen Arbeit ist. Für die Dauer meiner Abordnung wurde ich in die Auswahlkommission für externe „Experts“ bei CEPOL berufen. Diese Aufgabe beinhaltet die Verantwortung, sicherzustellen, dass nicht nur die fachliche Kompetenz der Bewerbenden berücksichtigt wird, sondern auch, dass sie die gemeinsamen Werte der Europäischen Union vertreten – etwas, wofür auch die AG Vielfalt unserer Gewerkschaft steht!

## Ausblick: Gemeinsam stärker werden

In den kommenden Monaten freue ich mich darauf, weiterhin Plattformen zu schaffen, auf denen wir voneinander lernen und unsere Expertise noch besser bündeln können. Die internationale Zusammenarbeit bei CEPOL zeigt, dass wir durch die Wertschätzung von Vielfalt und die Förderung eines respektvollen Dialogs stärker werden – sowohl als europäische Polizei als auch als Gesellschaft. ■

ANZEIGE

### REISEMARKT

#### Mittlerer Schwarzwald

Exkl. einger. Komfort-Fewos, \*\*\*-\*\*\*\*  
50-90 m², für 2-4 Pers., ab 60 €/Tag,  
Genießen Sie im Schwarzwald viele  
interessante Ausflugsmöglichkeiten  
und **Natur pur**. Tel. 0 78 23/9 65 65  
Machen Sie sich ein Bild unter  
**www.mittelschwarzwald.de**  
Sie werden begeistert sein!

## Hingeschaut



### MEHRERE PARKVERSTÖSSE

# Fahrerlaubnis weg?

DP-Autor Ewald Ternig ist Dozent für Verkehrsrecht und -lehre an der Hochschule der Polizei in Rheinland-Pfalz. Er wirft für DEUTSCHE POLIZEI regelmäßig einen Blick auf spannende Gerichtsentscheidungen.

### Ewald Ternig

**D**amit eine Fahrerlaubnis erteilt werden kann, muss eine Person geeignet zum Führen von Kraftfahrzeugen sein. Diese Forderung findet man in Paragraph 2 Abs. 2 Nr. 3 Straßenverkehrsgesetz (StVG).

### In Paragraph 2 Abs. 4 StVG wird die Eignung definiert:

Geeignet zum Führen von Kraftfahrzeugen ist, wer die notwendigen körperlichen und geistigen Anforderungen erfüllt und nicht erheblich oder nicht wiederholt gegen verkehrsrechtliche Vorschriften oder gegen Strafgesetze verstoßen hat.

Nach Paragraph 3 StVG ist die Fahrerlaubnis bei Ungeeignetheit zu entziehen.

Eine wesentliche Bestimmung zur Eignung ist in Paragraph 11 Fahrerlaubnisver-

ordnung (FeV) zu finden. In Absatz 3 wird ausgeführt, unter welchen Voraussetzungen die Fahrerlaubnisbehörde eine medizinisch-psychologische Untersuchung (MPU) anordnen kann.

Unter anderem wird dort in Ziffer 4 genannt: „bei einem erheblichen Verstoß oder wiederholten Verstößen gegen verkehrsrechtliche Vorschriften“

### Entscheidungen Verwaltungsgerichte (VG)

Eine recht aktuelle Entscheidung des VG Düsseldorf, 7.11.2023, 14 L 2776/23 stellt im Leitsatz klar: Eine Begutachtungsanordnung gemäß Paragraph 11 Abs. 3 Nr. 4 FeV kann im Einzelfall auch dann gerechtfertigt sein, wenn der Fahrerlaubnisinhaber

innerhalb von 16 Monaten 54 nicht eintragungspflichtige Verkehrsverstöße gegen Vorschriften des ruhenden Verkehrs begeht. Im Jahr 2022 stellte das VG Berlin, 28.10.2022, VG 4 K 456/21, fest:

- ▶ 1. Ein Kraftfahrer, der offensichtlich nicht willens ist, auch bloße Ordnungsvorschriften, die im Interesse eines geordneten, leichten und ungefährdeten Verkehrs geschaffen sind, einzuhalten, und der solche Vorschriften hartnäckig missachtet, ist zum Führen von Kraftfahrzeugen nicht geeignet. Dies gilt auch, wenn die Verstöße lediglich mit einem Verwarngeld belegt wurden.
- ▶ 2. Ein Kraftfahrer ist jedenfalls dann zum Führen von Kraftfahrzeugen ungeeignet, wenn er binnen eines Jahres mindestens 174 Verkehrsordnungswidrigkeiten, davon mindestens 159 Parkverstöße, begeht.
- ▶ 3. Besonderes Gewicht gewinnen Parkverstöße, wenn sie vornehmlich im direkten Umfeld der Wohnung des Kraftfahrers stattgefunden haben. Der Kraftfahrer stellt mit diesem Verhalten seine Interessen über die Interessen anderer Verkehrsteilnehmender.

### Fahreignungsbewertungssystem

Paragraph 4 StVG beinhaltet die Details zum Fahreignungsbewertungssystem, früher auch Punkteregister genannt. In Absatz 1 wird dazu ausgeführt, dass zum Schutz vor Gefahren, die von Inhabern einer Fahrerlaubnis ausgehen, die wiederholt gegen die die Sicherheit des Straßenverkehrs betreffenden straßenverkehrsrechtlichen oder gefahrgutbeförderungsrechtlichen Vorschriften verstoßen, die nach Landesrecht zuständige Behörde die in Absatz 5 genannten Maßnahmen (Fahreignungs-Bewertungssystem) zu ergreifen hat. Hat man danach vier oder fünf Punkte gesammelt, muss die Fahrerlaubnisbehörde die betroffenen Personen „ermahnen“, bei sechs oder sieben erreichten Punkten muss sie verwarnt werden und ab acht Punkten ist die Fahrerlaubnis wegen Ungeeignetheit zu entziehen, sofern die Behörde grundsätzlich die Maßnahmen zuvor getroffen hat. Davon kann es im Einzelfall Ausnahmen geben, wenn die Behörde die Maßnahmen noch nicht ergreifen konnte.

Für Parkverstöße gibt es in der Regel keine Punkte, denn in der Anlage 13 zur FeV findet man nur wenige Verstöße, bei denen dies der Fall ist. Es können nach dieser Anlage ein bis drei Punkte zugesprochen werden. Unter 3.2.7 – 3.2.7d werden einige Tatbestände des Bußgeldkataloges aufgelistet, in denen Parkverstöße genannt werden. So sind dies Park- oder Halteverbote mit Behinderung von Rettungsfahrzeugen sowie unzulässiges Halten in „zweiter Reihe“, unzulässiges Parken und Halten auf Geh- und Radwegen oder Radschnellwegen, unzulässiges Halten auf Schutzstreifen für den Radverkehr und unzulässiges Parken in „zweiter Reihe“.

Bei den Verstößen der beiden genannten Gerichtsentscheidungen ging es häufig um andere Parkverstöße. Daher ist Paragraph 4 Abs. 1 S. 3 StVG von Bedeutung: „Das Fahrignungs-Bewertungssystem ist nicht anzuwenden, wenn sich die Notwendigkeit früherer oder anderer die Fahrignung betreffender Maßnahmen nach den Vorschriften über die Entziehung der Fahrerlaubnis nach Paragraph 3 Absatz 1 oder einer aufgrund Paragraph 6 Absatz 1 Satz 1 Nummer 1 erlassenen Rechtsverordnung ergibt.“

Es darf somit nicht verwundern, dass Gerichte über Paragraph 11 Abs. 7 FeV den Direktzug der Fahrerlaubnis anordnen oder auch die Anordnung einer MPU erfolgt, wenn zu viele Parkverstöße begangen wurden.

### Das VG Berlin führt in der genannten Entscheidung sinngemäß unter anderem aus:

Zwar hätten durch die Nichterfassung im Verkehrszentralregister dem Bagatellbereich zuzurechnenden Verkehrsordnungswidrigkeiten grundsätzlich bei der Prüfung der Fahrignung außer Betracht zu bleiben. Davon sei jedoch dann eine Ausnahme zu machen, wenn der Inhaber der Fahrerlaubnis die Rechtsordnung über den ruhenden Verkehr nicht anerkenne; so sei ein Kraftfahrer, der offensichtlich nicht willens sei, auch bloße Ordnungsvorschriften, die im Interesse eines geordneten, leichten und ungefährdeten Verkehrs geschaffen sind, einzuhalten, und der solche Vorschriften hartnäckig missachte, wenn dies seinen persönlichen Interessen entspreche, zum Führen von Kraftfahrzeugen nicht geeignet.

So habe es sich hier verhalten, zumal für den Zeitraum Juli 2020 bis Juli 2021 im Schnitt mehr als drei Verstöße pro Woche zu verzeichnen waren. Der Kläger lasse mit den mehr als 150 Parkverstößen binnen eines Jahres keinen Zweifel daran, dass er zum Führen von Kraftfahrzeugen ungeeignet sei. Durch dieses Verhalten dokumentiere er eine krasse Missachtung der Rechtsordnung des ruhenden Verkehrs. Besonderes Gewicht gewönne diese Verstöße, da sie vornehmlich im direkten Umfeld der Wohnung des Klägers stattgefunden haben. Sein Verweis auf die mögliche Täterschaft seiner Familienangehörigen ändere nichts an dieser Bewertung. Auch im Fall einer Täterschaft seiner Familienangehörigen wäre der Kläger zum Führen von Kraftfahrzeugen ungeeignet. Derjenige, der durch zahlreiche ihm zugehende Bußgeldbescheide erfährt, dass Personen, die sein Fahrzeug benutzen, laufend gegen Verkehrsvorschriften verstoßen, und der dagegen nichts unternimmt, zeige charakterliche Mängel, die ihn selbst als einen ungeeigneten Verkehrsteilnehmer auswiesen. Dies gelte auch für mit Verwarngeldern belegtes Verhalten.

Somit kann die Frage in der Schlagzeile mit einem einfachen „Ja“ beantwortet werden. ■



**DP-Autor  
Ewald  
Ternig**

ist seit über 25 Jahren Dozent für Verkehrsrecht/ Verkehrslehre an der Hochschule der Polizei in Rheinland-Pfalz. Ebenso ist er Mitglied einer bundesweiten Arbeitsgruppe der Polizei zum autonomen Fahren und Berater der GdP in verkehrsrechtlichen Fragen.

## Lesestoff

### GEFAHR FÜR DIE DEMOKRATIE

## Was wäre, wenn ...

Was droht, wenn autoritäre Parteien bei Wahlen immer mehr Erfolg haben? Eine Forschungsgruppe entwirft düstere Szenarien.

Thomas Gesterkamp

Abgesehen von einzelnen Ausnahmen im lokalen und regionalen Umfeld ist es der rechtspopulistischen AfD bisher nicht gelungen, relevante politische Machtpositionen zu erobern. Die Ergebnisse um die 30 Prozent bei Wahlen in Ostdeutschland zeigen aber dennoch künftige Gefahren auf, fürchtet Maximilian Steinbeis. Der Jurist und Publizist betreibt schon seit 2009 den Verfassungsblog, auf dem im Netz wissenschaftliche Fragen im Grenzbereich von Politik und Recht diskutiert werden.

Um in den Parlamenten obstruktiv tätig zu sein, bedarf es keiner rechnerischen Mehrheit. Auch wenn sie sich in Opposition befinden, können die Feinde der Demokratie die freiheitliche Rechtsordnung für ihre Zwecke missbrauchen, lautet die Kernthese des Autors. Im sogenannten Thüringen-Projekt des Verfassungsblogs, das mit über 1.700 Spenden per Crowdfunding finanziert wurde, hat Steinbeis gemeinsam mit einem vielköpfigen Forschungsteam mögliche negative Szenarien durchgespielt. In seinem Buch „Die verwundbare Demokratie“ beschreibt er die zu erwartenden gravierenden Folgen für Bildung und Wissenschaft, für Medien und Kunst, nicht zuletzt auch für Polizei und Justiz.

Je mehr Stimmen mobilisiert werden können, desto mehr Beteiligungs- und Verfahrensrechte stehen in Gemeinderäten, Landtagen oder auf Bundesebene als juristische „Einfallstore“ zur Verfügung. Das betrifft nicht nur für das meist vergleichsweise unbedeutende, aber der größten Fraktion in der Regel zustehende Amt der Sitzungsleitung im Parlament. Schon mit einem Drittel der Sitze erreicht eine Partei zum Beispiel die Sperrminorität bei Entscheidungen über Änderungen in der Verfassung. Sobald sie auch wesentlichen Einfluss auf Gesetzge-



**Nr. 2 | 74. Jahrgang 2025**  
**Magazin und Organ der**  
**Gewerkschaft der Polizei**

**Erscheinungsweise und Bezugspreis**

Monatlich 3,10€ zzgl. Versandkosten  
 Bestellung an den Verlag. Für GdP-Mitglieder ist der  
 Bezug durch den Mitgliedsbeitrag abgegolten.

**Herausgeber**

Gewerkschaft der Polizei, Bundesvorstand,  
 Stromstr. 4, 10555 Berlin  
 Telefon 030 399921-0  
 Telefax 030 399921-200

**Redaktion**

Michael Zielasko (mzo), Leitender Redakteur  
 Jana Biesterfeldt (jab), Redakteurin

**Redaktionsassistentz**

Johanna Treuber  
 gdp-pressestelle@gdp.de  
 Telefon 030 399921-113  
 Telefax 030 399921-29113

**Gestaltung und Layout**

Andreas Schulz, karadesign

**Titelbild**

patpitchaya/stock.adobe.com

Die unter Verfassernamen veröffentlichten Artikel stellen nicht in jedem Fall die Meinung der Redaktion dar. Für unverlangt eingesandte Manuskripte kann keine Gewähr übernommen werden. Die Redaktion behält sich vor, Texte zu kürzen und redaktionell zu bearbeiten. In DP – DEUTSCHE POLIZEI veröffentlichte Beiträge werden gegebenenfalls auf www.gdp.de, der GdP-App und sozialen Medien verbreitet.

**Verlag**

**Deutsche Polizeiliteratur GmbH**  
**Anzeigenverwaltung**  
**Ein Unternehmen der Gewerkschaft der Polizei**  
 Forststr. 3a, 40721 Hilden  
 Telefon 0211 7104-183  
 Telefax 0211 7104-174  
 av@vdp-polizei.de

**Geschäftsführer**

Bodo Andrae, Dominik Lehmanns

**Anzeigenleitung**

Antje Kleuker  
 Es gilt die Anzeigenliste Nr. 48 vom 1. Januar 2025.

Bitte wenden Sie sich bei Adressänderungen nicht an den Verlag, sondern an die Landesbezirke und Bezirke. Die Kontaktdaten finden Sie im Impressum des Landes- bzw. Bezirksteils in der Mitte des Heftes.

**Druckauflage**

184.522 Exemplare  
 ISSN 0949-2844



**WISSEN, WAS ZÄHLT**  
 Geprüfte Auflage  
 Klare Basis für den Werbekontakt

**Herstellung**

L.N. Schaffrath Medien GmbH & Co.KG,  
 DruckMedien  
 Marktweg 42–50, 47608 Geldern  
 Postfach 1452, 47594 Geldern  
 Telefon 02831 396-0  
 Telefax 02831 396-89887  
 av@vdp-polizei.de



**Maximilian Steinbeis: Die verwundbare Demokratie. Strategien gegen die populistische Übernahme.**

Hanser Verlag, München 2024. 304 Seiten,  
 25 Euro.

Sie arbeiten in den Institutionen gegen diese Institutionen. Nicht zwangsläufig führe das gleich zum Zerfall des demokratischen Systems. Denn meist bewegen sich die angewandten Methoden im Rahmen der geltenden Gesetze, sie sind formal legal. Erst in ihrer Kombination entfalten sie ihr vollständiges autoritäres Potenzial: Sie missachten meist „die ungeschriebenen Regeln“, die als „Leitplanken“ notwendig für das Funktionieren der Demokratie seien – so formuliert es die Forschungsgruppe im Thüringen-Projekt.

Als „constitutional hardball“, einem aus der Sportart Baseball entlehnten Begriff, charakterisierte bereits 2004 der US-amerikanische Jurist Mark Tushnet eine politische Taktik, die die Verfassung zerstören wolle, ohne sie dezidiert brechen zu müssen. Maximilian Steinbeis hält, wie schon sein Buchtitel verrät, die staatlichen Institutionen und ihre Regularien für verwundbar. Unter dem Vorwand, die wahren Interessen des Volkes zu vertreten, werde das Recht mit populistischer Rhetorik untergraben. Politik und Zivilgesellschaft müssten dieser Bedrohung ins Auge sehen und „alle Kräfte mobilisieren, um unsere Freiheit zu verteidigen“. Denn die Institutionen der Verfassung könnten sich nicht selbst schützen. Dafür sei vielmehr die Gesellschaft als Ganze verantwortlich, sie benötige eine entsprechende „robuste politische Kultur“. Man könne der autoritären Strategie „nicht entgegenkommen, aber ihr entgegenreten“. Es gehe darum, die angewandten Taktiken zu erkennen, sie zu benennen und sich auf ihre nächsten Schritte vorzubereiten, um nicht „in jede Falle hineinzutappen“. Protest und Widerstand seien unabdingbar, bevor „aus Möglichkeiten Wirklichkeiten geworden sind und es für Gegenwehr zu spät ist“. Der Autor bringt das auf die Kurzformel „Resilienz durch Antizipation“: Genau dazu will das Buch einen Beitrag leisten. ■

bung und Gesetzesvollzug bekommt, also in eine Regierung eintritt oder diese gar allein stellt, potenzieren sich diese Möglichkeiten. Rechte Machthaber in Ungarn, Polen und in den USA haben in den vergangenen Jahren auf besorgniserregende Weise vorgebracht, wie über die politisch motivierte Besetzung wichtiger Posten vor allem in der Verfassungsgerichtsbarkeit das Gleichgewicht zwischen Legislative und Judikative ausgehöhlt werden kann. Eine Abwahl der Regierenden sollte auf diese Weise erschwert oder gar unmöglich gemacht werden. Die Politikwissenschaft bezeichnet solche Prozesse als „democratic backsliding“, als eine rückwärts gerichtete Entwicklung in ursprünglich liberal verfassten Demokratien.

Missachtung ungeschriebener Regeln Das Verhältnis autoritärer Politiker zum Rechtsstaat sei instrumentell, argumentiert Steinbeis. Dem Juristen zufolge nutzen sie ihn vorrangig, um ihn von innen, aus den Parlamenten heraus, zu untergraben.

# STRAFRECHT

## Fälle zum Strafrecht für Polizeibeamte

mit Lösungsskizzen, Musterlösungen und Bearbeitungshinweisen

Von **Barbara Blum, Frank Hofmann, Eva Kohler.**

3. Auflage 2023

**Umfang:** 331 Seiten / **Format:** Broschur, 16,5 x 24 cm

**Preis:** 24,90 € [D] / **ISBN 978-3-8011-0925-7**

Dieser Band stellt die strafrechtlich relevanten Studieninhalte fallbezogen dar. Dadurch erhalten die Studierenden konkrete Hilfestellungen, wie Klausuren im Gutachtenstil aufgebaut und formuliert werden. Im Rahmen des Selbststudiums können die Fälle zunächst selbst gelöst und anschließend mit der Musterlösung abgeglichen werden.

Zusammen mit den beiden VDP-Büchern „Strafrecht für Polizeibeamte“ Bd. 1 und Bd. 2 erhalten Studierende des Bachelor-Studienganges für den gehobenen Polizeidienst damit das Wissen zum Themenkomplex Strafrecht, welches für eine effektive Prüfungsvorbereitung und eine erfolgreiche Bewältigung des polizeiwissenschaftlichen Studiums notwendig ist.



### DIE AUTOREN

**Dr. Barbara Blum**, Professorin für Straf- und Strafprozessrecht an der HSPV NRW, Studienort Bielefeld.

**Dr. Frank Hofmann**, Professor für Straf- und Strafprozessrecht an der HSPV NRW, Abteilung Münster.

**Dr. Eva Kohler**, Professorin für Straf- und Strafprozessrecht an der HSPV NRW, Studienort Dortmund.

## Strafrecht für Polizeibeamte

Von **Holger Nimtz.**

**Band 1:** Grundlagen und Delikte gegen die Person

8. Auflage 2024

**Umfang:** 288 Seiten / **Format:** Broschur, 16,5 x 24 cm

**Preis:** 26,00 € [D] / **ISBN 978-3-8011-0941-7**

**Band 2:** Delikte gegen das Vermögen und gegen Gemeinschaftswerte

6. Auflage 2021

**Umfang:** 320 Seiten / **Format:** Broschur, 16,5 x 24 cm

**Preis:** 24,90 € [D] / **ISBN 978-3-8011-0900-4**



### DER AUTOR

**Dr. Holger Nimtz**, Leitender Regierungsdirektor, Dozent für Straf-/Strafprozessrecht und Eingriffsrecht an der HSPV NRW, Leiter der Abteilung Köln.



**VERLAG DEUTSCHE POLIZEILITERATUR GMBH**

**Buchvertrieb**

Forststraße 3a · 40721 Hilden · Telefon 0211 7104-212 · Telefax 0211 7104-270  
service@vdpolizei.de · www.vdpolizei.de

Weitere Informationen, Leseproben und Bestellmöglichkeit unter: [www.vdpolizei.de](http://www.vdpolizei.de)



# DIGITAL LERNEN



Systematisch das notwendige Wissen für die polizeiliche Prüfung „pauken“

**Miethe / Kiehne**  
**Verkehrsrecht**  
für die Polizeiausbildung  
**Digitale Karteikarten**

**Henricks**  
**Kriminalistik**  
Kompakt für die Polizeiausbildung  
**Digitale Karteikarten**

**Nimt**  
**Strafrecht**  
für Polizeibeamte – Kompakt  
**Digitale Karteikarten**

**Miethe / Kiehne**  
**Fahrzeugzulassung und**  
**Fahrerlaubnisrecht**  
für die Polizeiausbildung  
**Digitale Karteikarten**

**Pro Set – 14,90 €**



**BRAIN**YOO  
MOBILE LEARNING



Erhältlich bei dem Lernsoftware-Spezialisten [www.brainyoo.de](http://www.brainyoo.de).

- Lernstandserhebungen ✓
- Quiz Battles ✓
- Digitale Prüfungen ✓
- Karteikarten-App ✓



VERLAG DEUTSCHE POLIZEILITERATUR GMBH  
Buchvertrieb

Forststraße 3a · 40721 Hilden · Telefon 0211 7104-212 · Telefax 0211 7104-270  
service@vdpolizei.de · www.vdpolizei.de